Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 294 — Donnerstag, den 17. Dezember 1931 — 6. Jahrgang

Macht gegen Macht.

Eine Kundgebung aller Arbeiter-Organisationen zur politischen Lage.

Die Notverordnung ist zunächst eine harte Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Sozialdemokratie und Gewerkschaften denken aber nicht daran, nun etwa die Hände in den Schoß zu legen, und abzuwarten, was wird. Ohne einen Tag zu versäumen, beginnen sie sofort mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln trotz Notverordnung, ja mit Hilfe der Notverordnung und mit Hilfe der von der Regierung für die Durchführung der Verordnung gegebenen Zusagen einen zähen und unerbittlichen Kampf zur Linderung der Not der breiten Massen. Diesen Kampf kann aber natürlich nur Erfolg haben, wenn er wohlüberlegt geführt wird. Klarheit über die Notverordnung ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Not. Diese Klarheit zu schaffen, ist das Gebot der Stunde. Steuerleute und Mannschaften müssen wissen, was für ein Kurs gesteuert wird. Sie müssen das vor allem wissen im Sturm und Aufruhr der Elemente, denn nur Festigkeit und Kampfkraft, die auf Klarheit beruhen, können zum Ziele führen.

Diese Klarheit zu schaffen war Zweck eines bedeutsamen Appels in den Räumen des Reichswirtschaftsrats, zu dem die Freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner und die Freien Sportorganisationen Abordnungen entsandt hatten. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart und der Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, beleuchteten vom wirtschafts- und allgemeinpolitischen Standpunkt aus die neue Notverordnung. Mit sachlicher Schärfe und unerbittlicher Kritik klärten sie die durch die Notverordnung geschaffene neue Lage. Sie zeigten die Möglichkeiten der Selbsthilfe der Arbeiter und stellten vor der gesamten Arbeiterschaft klar, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht umsonst unverdrossen und zäh bis zum letzten Moment im Ringen um die Notverordnung für die Arbeiter gekämpft haben.

Bis zur letzten Stunde wurde Widerstand geleistet. Bei einer genaueren Betrachtung der Notverordnung sind die Spuren dieses Widerstandes auch deutlich zu erkennen. Noch ist das Wirtschaftsmanifest der Unternehmer vom September in guter Erinnerung. Was dieses Manifest verlangte, war nichts anderes als die restlose Vernichtung alles dessen, was Gewerkschaften und Sozialdemokratie seit einem Jahrzehnt für die Arbeiterklasse in mühseligem Ringen herausgeholt haben. Kein staatlicher Eingriff in die Wirtschaft mehr zu Gunsten der Arbeiter, nur noch individuelle Lohngestaltung, völlige Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung, mit einem Wort: Rückkehr auf der ganzen Linie zum individualistischen Wirtschaftssystem. Das war die Parole der Drahtzieher der Nationalen Opposition. Die Notverordnung hat den Scharfmachern ihren Willen nicht getan. Gewiß hat sie nur ganz unzulänglich den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen, gewiß belastet sie einseitig die Schultern der breiten Massen, aber es stand ja noch viel mehr auf dem Spiel als nur diese einseitige Belastung. Und daß dieses Mehr verhindert wurde, ist ein Verdienst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Die Schultern der breiten Massen wären noch ganz anders wund gescheuert worden in diesem Winter, wenn nicht die politische und wirtschaftliche Organisation der freien Arbeiterbewegung sich mit geradezu übermenschlichen Kräften dem Druck der seit den Nazimahlen vom vergangenen Jahre so mächtig gewordenen Reaktion, von der die Regierung Brüning bedroht ist, entgegengestemmt hätten. Der Lohnabbau ist ein Ding, das niemand verteidigen kann. Aber der Widerstand der Gewerkschaften hat es immerhin durchgesetzt, daß die Regierung in der Lohn- und Preisfrage sozusagen ihr Wort verpfändet hat. Endet der Preisabbau, der den Reallohn sichern soll, mit einem Fiasko, dann ist eine neue Situation gegeben. Gewiß werden neue erschreckend niedrige Löhne festgelegt. Aber unter dem Druck der Gewerkschaften ist wenigstens für diese niedrigen Löhne noch ein gewisser Halt geschaffen worden. Das wissen vor allem die Arbeiterkategorien zu schätzen, die schon jetzt ganz ohne Tarif völlig der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert waren.

Eindringlich und überzeugend wurden von Leipart und Breitscheid die ungeheuren Schwierigkeiten geschildert, die in der großen Krise ihren Ursprung haben und die auch die Hände der Regierung in vieler Hinsicht binden. Mit besonderem Nachdruck wurde auf die Hauptquelle der deutschen Not, auf die Reparationslasten, hingewiesen. Der Kampf gegen die Reparationen — das wurde vor aller Oeffentlichkeit einmal deutlich herausgestellt — ist längst eine Kampfforderung der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterinternationale. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat längst den Kampf gegen die Reparationen geführt, bevor die Nazis groß und mächtig waren. Sie führen diesen Kampf allerdings nicht mit großsprecherischen Redensarten, die das Volk über die wirklichen Schwierigkeiten und Kräfte- und Machtverhältnisse hinwegtäuschen. Schluß mit den Reparationen! Wer will das nicht in Deutschland? In dieser Forderung ist ganz Deutschland einig. Aber diese Einigkeit schafft uns noch keine Erleichterung. Diese Erleichterung ist nicht auf dem Weg über das Chaos herbeizuführen. Die Regierung täte daher gut, wenn sie auch in dieser Frage dem Volk die ganze Wahrheit sagte und nicht gegenüber dem Treiben der Nationalsozialisten wie in so vielen Dingen es an Aktivität und Mut fehlen ließe.

Aktivität! Mit diesem Ruf richten sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften an die Regierung wie an die Arbeiter. Die Regierung verlangt von den Arbeitern Opfer, große Opfer. Sie wären leichter zu tragen, wenn die Regierung auch den Arbeitern zeigte, daß sie sich nicht vom Faschismus auf der Nase herumtanzen läßt, wie das zum Beispiel beim Uniformverbot zu beobachten ist. Die Reichsbannerfarben, die Farben der Republik, werden zusammen mit den Farben der Feinde der Republik verboten. In Braunschweig aber verhöhnen die Nationalsozialisten offen und frech das Uniformverbot der Reichsregierung.

Wenn es aber die Regierung an Mut fehlen läßt, dann ist das für die Sozialdemokratie und für die Gewerkschaften noch lange kein Grund, nun ebenfalls schlapp zu werden. Die eiserne Front der Arbeiter beugt sich nicht! So rief Otto Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, in seinem Schlußwort zum Generalappell im Kampf um ein freies Deutschland, im Kampf gegen die Not, der deutschen Arbeiterschaft zu. Wir beugen uns nicht, wir kämpfen!

*

Die Entschließung.

Einstimmig angenommen.

Die am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat versammelten Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbände, zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem ganzen Reiche ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen gesellen, erklärten unter der Teilnahme von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisation der Deutschen Republik, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold:

„Unbeschadet unserer ablehnenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen. Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, anderenfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zurzeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag. Die Ueberwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein."

*

Brüning an Wels.

Der Reichskanzler bestätigt die sozialdemokratische Forderung.

In der vergangenen Woche hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels bei dem Reichskanzler schriftlich Vorstellungen wegen der Gleichzeitigkeit der Lohnsenkungen mit den Preissenkungen in der Notverordnung erhoben. Auf diesen Brief hat der Reichskanzler unter dem 12. Dezember eine Antwort erteilt, in der es heißt:

„Mit Ihnen bin ich durchaus davon durchdrungen, daß eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung durch die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen von den verhängnisvollsten Folgen sein würde. Von dieser Auffassung war auch die Reichsregierung bei ihren letzten Entschließungen beseelt.

Den Niederschlag der Auffassung der Reichsregierung bitte ich aus der Einleitung der amtlichen Verlautbarung ersehen zu wollen, mit der die Reichsregierung am 8. d. M. die neue Notverordnung der Oeffentlichkeit unterbreitet hat. In dem vorletzten Absatz dieser Einleitung wird ausdrücklich ausgeführt, daß die Reichsregierung sich erst, nachdem durch Maßnahmen der verschiedensten Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sichergestellt war, zu einem nerneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen habe. In demselben Absatz heißt es dann weiter:

„Die schicksalsschwere Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann."

Mit voller Absicht habe ich in dieser bedeutsamen Frage des Gesamtprogramms die Reichsregierung in dieser eindeutigen Form für die Zukunft festgelegt. So sehr ich mir die Durchführung dieses Teiles des Gesamtprogramms mit allem Ernst und Nachdruck angelegen sein lassen werde, so war doch, da es sich hierbei um Fragen der zukünftigen Regierungspolitik handelt, eine gesetzliche Festlegung im Texte der Notverordnung technisch schwer durchführbar. Angesichts Ihrer Anfrage lege ich aber doch Wert auf diese Feststellung der Ziele der Regierungsarbeit, die ist übrigens schon wiederholt letzthin auch gegenüber dem Reichsarbeiterbeirat der Zentrumspartei getroffen habe."

Aktivität des Reichsbanners.

Unter Führung von Höltermann. — Otto Hörsing bleibt Vorsitzender.

Chefredakteur Höltermann

ist während des Urlaubs des Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Hörsing, mit dem geschäftsführenden Vorsitz betraut worden. Auch in Zukunft soll die Durchführung des Aktionsprogramms des Reichsbanners hauptsächlich in den Händen Höltermanns liegen.

Beschluß des Bundesvorstandes.

Magdeburg, 16. Dezember. (Eig. Drahtb.). Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarzrotgold teilt mit: „Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarzrotgold trat am Mittwoch, dem 16. Dezember, in Magdeburg zusammen. Von Otto Hörsing lag folgendes Schreiben vor:

„Dem Wunsche unserer Gauführer entsprechend und gemäß den Beschlüssen unserer letzten Bundesratstagung auf Einrichtung eines besonderen, technisch organisatorischen Führerkörpers habe ich den Kameraden Höltermann mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt. In engstem Zusammenhang damit stehen Verhandlungen mit uns nahestehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch gesinnten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten um Deutschlands Zukunft willen gelöst werden müssen.

Eine Aussprache zwischen Höltermann und mir über die Gesamtlage, die sich für die Führung des Bundes aus diesen Aufgaben ergibt, führte uns zu dem gemeinsamen Entschluß, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, die Geschäftsführung des Bundes insgesamt dem Kameraden Höltermann als geschäftsführenden Bundesvorsitzenden zu übertragen. Damit ist nach meiner Ueberzeugung die Gewähr gegeben, daß die bisherige einheitliche Leitung unseres Bundes nicht nur erhalten, sondern verstärkt wird. **Ich werde als 1. Bundesführer nach wie vor meine ganze Kraft in den Dienst des Bundes stellen.** Diese innerorganisatorische Maßnahme bedeutet keine Veränderung der Zielsetzung unseres Bundes. Es bleibt bei unserer alten Parole: Nichts für uns — alles für Deutschland!"

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig gemäß den Vorschlägen Hörsings."

Vorstandstagung nach Weihnachten.

Magdeburg, 16. Dezember. (Eig. Drahtb.). Der Bundesrat des Reichsbaners hat am Mittwoch beschlossen, den Bundesvorstand des Reichsbanners zum 27. Dezember nach Berlin einzuberufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0001

Kein Reichstag.

Der Aeltestenausschuß lehnt die Einberufung ab.

Die Mehrheit des Aeltestenrats des Reichstags versagte am Mittwoch dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags ihre Zustimmung. Außer den Kommunisten waren die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Volksparteiler — diese offensichtlich aber nur mit halbem Herzen — für die Einberufung.

Der kommunistische Antrag wurde von dem Abg. Torgler kurz begründet. In Erwiderung darauf erinnerte der Abg. Dittmann (Soz.) Torgler daran, daß am 18. Juli 1930 auf Antrag der Sozialdemokraten und der Kommunisten die erste Notverordnung von der Regierung Brüning zwar aufgehoben worden sei, daß sie damit aber praktisch nicht beseitigt worden wäre, weil die Regierung den Reichstag aufgelöst und sofort eine neue kaum veränderte Notverordnung erlassen habe, zu der der neugewählte Reichstag erst nach drei Monaten habe Stellung nehmen können. Inzwischen aber hätte sich die Verordnung im sozialen und wirtschaftlichen Leben so ausgewirkt, daß man sie nicht mehr ohne weiteres hätte aufheben können, sondern sich mit Abänderungen habe begnügen müssen. Dieser Vorgang würde sich jetzt wiederholen, wenn sich nicht eine Mehrheit im Reichstage finde, die bereit sei, mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der Weimarer Verfassung eine Regierung zu bilden, um die Notverordnung im Sinne des Beschlusses der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu gestalten. Nur dann könne die Notverordnung durch den Reichstag praktisch beseitigt werden. Auf Dittmanns Frage an Torgler, ob die Kommunisten zu einer derartigen Regierungsbildung bereit seien, antwortete Torgler, die Frage sei absurd, worauf ihm Dittmann erwiderte, mit dieser Antwort habe Torgler anerkannt, daß die Notverordnung durch einen Reichstagsbeschluß praktisch nicht beseitigt werden könne. Deshalb habe die Einberufung des Reichstages keinen Zweck.

Richter und Nazis.

Ein Musterbeispiel aus dem Wuppertal.

Elberfeld, 16. Dez. (EF). Das Wuppertaler Schöffengericht hob am Dienstag einen gegen den Nazi-Reichstagsabgeordneten Beller gerichteten Strafbefehl über zwei Monate Gefängnis auf. Beller hatte in einer Versammlung in Barmen erklärt, alle preußischen und alle Reichsminister hätten sich von Barmat bestechen lassen. Die Minister hätten nichts anderes zu tun, als sich die Taschen zu stopfen.

Die Begründung, mit der die Aufhebung des Strafbefehls erfolgte, läßt über den Geist des zuständigen Gerichts nicht den geringsten Zweifel. Die Erklärungen Bellers, so sagt das Gericht, in dieser Begründung, seien zweifellos beschimpfende, „vielleicht" auch gar verleumderische Aeußerungen. Diese Beschimpfungen seien jedoch nicht gegen die zurzeit der Aeußerung amtierenden Regierungsmitglieder gerichtet gewesen. Das Gericht habe unmöglich annehmen können, daß der Redner die amtierenden Minister im Zusammenhang mit Barmat habe nennen wollen, weil der Barmat-Skandal, als die Aeußerungen Bellers fielen, bereits aufgedeckt gewesen sei. Habe es sich also lediglich um eine Beschimpfung früherer Minister gehandelt, so könne eine Bestrafung aus dem Republikschutzgesetz nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht eintreten. Allerdings seien auch heute noch Minister, insbesondere Ministerpräsident Braun und Minister Severing, im Amt. Sie hätten bereits amtiert, bevor der Barmat-Skandal aufgedeckt worden sei, so daß sie an sich also von den Aeußerungen hätten betroffen werden können. Hierbei müsse man aber berücksichtigen, daß der Redner sich dieses Umstandes bei seinen Aeußerungen nicht bewußt gewesen sei.

Diese Begründung deckt den Nazi-verleumder Beller nicht nur, sondern ist geradezu eine Aufforderung für alle Nazi-redner, ihre Hetze gegen die verantwortlichen Persönlichkeiten der Republik in gesteigertem Maße fortzusetzen. So wird dieser Staat von Nazibeamten von innen aus systematisch unterhöhlt, ohne das die Republik im Begriff wäre, ihre Geduld endlich aufzugeben.

Die Werkspionage.

Wie deutschen Arbeitern das Brot gestohlen wird.

Ludwigshafen, 17. Dezember. (Eig. Funkm.). In der Mittwochverhandlung des Werkspionage-Prozesses wurden die kommunistischen Angeklagten bzw. ihre Helfershelfer durch Zeugenaussagen schwer belastet. Kriminal-Hauptwachtmeister Sonderegger von der Politischen Polizei in Ludwigshafen schilderte die Aufdeckung der Werkspionage und die Festnahme des Führers der Chemie-Abteilung der Kommunistischen Gewerkschaftsopposition, Steffens, sowie seines Komplizen Dienstbach. Nach seiner Auffassung stellt der Ludwigshafener Fall nur einen kleinen Ausschnitt aus dem über ganz Deutschland gezogenen Spionagenetz dar. In Offenbach sei die Spionage besonders gefährlich gewesen. Wäre sie dort gelungen, so wäre der Betrieb eines großen Werkes für Deutschland erledigt gewesen. Die Prüfung des in der Berliner Wohnung von Steffens gefundenen Materials habe ergeben, daß eine größere Organisation bestanden habe, deren Zweck hauptsächlich die Herbeischaffung von Nachrichten aus allen deutschen Industriebezirken gewesen sei.

Braunes Affentheater in Sachsen.

Dresden, 17. Dezember. (Eig. Funkm.). Im sächsischen Landtag erschienen am Mittwoch mehrere nationalsozialistische Abgeordnete in Hitler-Uniform, nicht etwa frei. Die Uniform war unter dem Rock und Mantel verdeckt. Die Herrschaften hatten jedoch wenig Glück. Als einer ihrer Abgeordneten sich mit einem Hakenkreuz im Knopfloch zu Wort meldete, forderte der Präsident den Nationalsozialisten auf, das Abzeichen zu entfernen. Der Nazi-abgeordnete lehnte das ab, worauf ihm der Präsident das Wort entzog. Im Verlauf der Sitzung teilte Präsident Weckel mit, daß er den betreffenden Abgeordneten den Behörden melden müsse. Im übrigen werde er jeden Abgeordneten, der künftig verbotene politische Abzeichen trage, aus dem Saal verweisen.

Sozialistische Kommunalpolitik.

Bekenntnis zur Planwirtschaft.

Im Gemeinderat der Stadt Wien leitete der Kämmerer Stadtrat Breitner die Budgetberatung mit einer Rede ein, in der er vom unaufhaltsamen Herrschaftsbeginn der Planwirtschaft sprach. Man müsse es ablehnen, wegen der Wirtschaftskrise einen Voranschlag der Währungs- und Wirtschaftskatastrophe zu machen. Wie vor einem Sturm müsse man jedoch die Segel einziehen, um möglichst geringe Angriffsflächen zu bieten. Die Erhöhung der Wohnbausteuer diene dem Kampf gegen ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Er lege nicht ein Budget der Verzweiflung, sondern der sozialen Hilfe vor.

Die Junker sind wütend.

Deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen Finanzminister Klepper vor dem Landtag.

Berlin, 16. Dezember. (Eig. Ber.)

Der Preußische Landtag hatte am Mittwoch wieder einen großen Tag: deutschnationales

Mißtrauensvotum gegen den neuen Finanzminister Klepper.

Das Mißtrauensvotum wurde von dem pommerschen Junker von Rohr mit all den persönlichen Verdächtigungen und Gehässigkeiten begründet, mit denen die Reaktion heute im politischen Kampf arbeitet. Ohne die geringste Beweisführung wurden Behauptungen hinausgeschleudert wie die, daß die bisher von Klepper verwaltete Preußische Zentralgenossenschaftskasse nicht voll zahlungsfähig sei. Auch sonst wurde keine Bemerkung unterdrückt, die irgendwie geeignet erscheinen konnte, den preußischen Finanzverwalter oder den preußischen Etat herabzusetzen.

Aber die Antwort, die die Deutschnationalen von dem

Dr. Hamburger (Soz)

bekamen, werden sie sich nicht hinter den Spiegel stecken. Entscheidende Stellen im Reich und in Preußen gerade im Hinblick auf die Landwirtschaft werden gegenwärtig von Männern eingenommen, die vor wenigen Jahren führende Deutschnationale waren: Klepper selbst, Schiele, Schlange-Schöningen, Treviranus, Lindeiner-Wildau usw. usw. Auch gegen diese ehemaligen Parteifreunde führen die Deutschnationalen einen schmutzigen Verleumdungsfeldzug, weiterfernd mit den Nationalsozialisten. Während Hugenbergs Berliner „Tag" die fachliche Befähigung Kleppers unumwunden anerkannt hat, während der deutschnationale Abg. Kaufhold erst vor kurzem im Landtag erklärt hat, die jungen Leute der Preußenkasse seien ausnahmslos tüchtig und füllten ihren Posten voll aus, hat Herr von Rohr ihnen am Mittwoch jeden nur denkbaren Schimpf angetan. Dabei hätten die Deutschnationalen allen Grund, aus Schamgefühl zu schweigen oder mindestens sehr vorsichtig zu sein. Ihr Fraktionsvorsitzender Dr. von Winterfeldt hat seine Kur- und Neumärkische Ritterschaftsbank nur mit Hilfe der Preußenkasse seien ausnahmslos tüchtig und füllten ihren Posten voll aus, hat Herr von Rohr ihnen am Mittwoch jeden nur denkbaren Schimpf angetan. Dabei hätten die Deutschnationalen allen Grund, aus Schamgefühl zu schweigen oder mindestens sehr vorsichtig zu sein. Ihr Fraktionsvorsitzender Dr. von Winterfeldt hat seine Kur- und Neumärkische Ritterschaftsbank nur mit Hilfe der Preußenkasse gehalten. Ihre Direktoren der Pommerschen Hauptgenossenschaft, Herrn v. Rohrs engste Freunde, sind in der vergangenen Woche wegen Steuerbetrugs verurteilt worden. Ihrem deutschnationalen Reichstagsvizepräsidenten Dietrich, ihrem deutschnationalen Landtagsführer Seelmann-Eggebert hat ein Untersuchungsausschuß des Landtags einstimmig bescheinigt, daß ihre Geschäftsführung in der Raiffeisenbank zerfahren, verantwortungslos und korrupt gewesen sei. Mit einem kräftigen Hinweis auf das Landesverräterische, das im Treiben der Deutschnationalen liegt, wenn sie gerade im Augenblick schwierigster internationaler Verhandlungen die deutschen Finanzverwalter vor aller Welt diskreditieren, schloß Dr. Hamburger seine außergewöhnliche wirkungsvollen Darlegungen. — Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum erfolgt bekanntlich am Freitag.

Der Rest der langausgedehnten Sitzung wurde von der Beratung eines sozialdemokratischen Antrags

gegen den Terror der Landwirtschaftsverbände

auf dem Lande ausgefüllt. Die Abgeordneten Peters-Hochdonn (Soz.) und Weidemann (Soz.) zeigten mit drastischem Material, daß die Großgrundbesitzer und die ihnen folgenden Bauern systematisch darauf ausgehen, alle Sozialversicherungen zu vernichten, alle Gewerkschaften zu zerschlagen, alle Leistungen an den Staat einzustellen und ihre unumschränkte Herrschaft über alle Bewohner des Landes aufzurichten. Die Nationalsozialisten haben schon ein ganzes System der Leibeigenschaft ausgearbeitet, unter dessen Joch sie im Dritten Reich Kleinbauern und Landarbeiter zwingen wollen.

Mit Recht forderte die Sozialdemokratie von der Regierung

größte Energie gegen die Gewaltmethoden

und die anarchistischen Tendenzen des Besitzes. Wie gefährlich und verbreitet sie sind, zeigt vielleicht am besten die Tatsache, daß der Volksparteiler Graf Kanitz, früher wiederholt Reichsminister, sich unumwunden zum Programm der Junkerdiktatur bekannte. Sein Vater, der alte konservative Reichstagsabgeordnete und Landbund-Mitbegründer, der in seiner berühmten Parole weiterlebt: „Ohne Kanitz keine Kähne!" hat bestimmt nie junkerlicher gesprochen als am Mittwoch der Sohn. Industriekapitäne und Grundherren mittern die Morgenluft des Dritten Reiches. Um arbeitenden Volk in Preußen wird es liegen, ihnen zu zeigen, daß sie zu früh ihre Karten aufgedeckt haben!!

Chinas neuer Staatspräsident.

Lin-Sen,

der bisherige Vorsitzende des Gesetzgebungsausschusses, wurde als Nachfolger Tschiangkaischeks zum Präsidenten der chinesischen Zentralregierung gewählt.

Der neue spanische Außenminister.

Luis de Zulueta,

bisher Vertreter Spaniens in mehreren ausländischen Missionen, wurde zum Außenminister des neuen Kabinetts Azana ernannt, das sich besonders auf die Linksparteien stützt.

Obstruktion in der Kammer.

Gegen die Wahlreform-Vorlage.

Paris, 17. Dezember. (EF.) In der Kammer begann am Mittwoch abend um 22 Uhr die Debatte über die von der Wahlrechtskommission vorgeschlagene Wahlrechtsreform. Infolge der Ankündigungen der Sozialisten, der Radikalen und der übrigen Linksparteien, sich mit allen Mitteln der Geschäftsordnung dieser Debatte zu widersetzen, waren fast sämtliche Abgeordnete erschienen. Die Tribünen waren angesichts der zu erwartenden Redekämpfe zwischen der Mehrheit und der Opposition bis auf den letzten Platz besetzt.

Die sozialistische Obstruktion wurde durch einen Antrag des Abg. Lafont eingeleitet über das Protokoll der vorhergehenden Sitzung, die vom Haus gewöhnlich ohne Widerspruch angenommen wird, eine Abstimmung zu veranstalten, da die Sozialisten es „wegen ungenügender Klarheit" nicht annehmen könnten. Der Präsident mußte diesem Antrag entsprechen. Da die Abstimmung öffentlich war, wurden, wie gewöhnlich mehr Zettel abgegeben, als Abgeordnete vorhanden sind, so daß eine Auszählung notwendig wurde. Damit hatten die Sozialisten schon eine Stunde gewonnen. Wie zu erwarten war, wurde das Protokoll mit 314 gegen 248 Stimmen angenommen. Darauf stellte der sozialistische Abg. Frossard die sogenannte Vorfrage, d. h. er beantragte aus prinzipiellen Gründen die Debatte über die Wahlreform nicht zu beginnen. In einer glänzenden und humorvollen Rede, die wahre Heiterkeitsstürme entfesselte, begründete er seinen Antrag und griff dabei den Hauptverteidiger der Reform, den nationalistischen Abgeordneten Mandel, der zugleich Vorsitzender der Wahlrechtskommission ist, an. Da Frossard öffentliche Abstimmung für seinen Antrag verlangte, mußte die Sitzung eine Stunde unterbrochen werden. Das Verhältnis der Abstimmung war bei der Vorfrage 240 gegen 231 Stimmen, also mit nur 9 Stimmen Mehrheit wurde die Vorfrage abgelehnt. Aufgrund dieses ungünstigen Ergebnisses, das bei der nächsten Abstimmung eine Niederlage der Mehrheit befürchten ließ, beantragte ein Abgeordneter der Regierungsparteien, die Sitzung auf Donnerstag nachmittag zu vertagen. Dagegen wandte sich der Sozialist Renaudel, der erklärte, die von der Kammer festgesetzte Tagesordnung dürfe nicht umgestoßen werden, da wichtige Fragen zur Behandlung stünden. Er verlangte daher einfache Vertagung ohne Angabe eines Datums. Durch Handaufheben wurde die Vertagung beschlossen. Darauf erklärte Abgeordneter Mandel, er wolle, um den normalen Gang der parlamentarischen Arbeiten nicht zu stören, in der Donnerstagsitzung des Aeltestenausschusses beantragen, die Debatte am Sonnabend nachmittag der gewöhnlich sitzungsfrei ist, weiter zu führen.

Die Debatte wird also am Schluß der Donnerstag Nachmittagsitzung, wenn das vom Aeltestenausschuß vorgeschlagene Programm der Kammer zur Genehmigung unterbreitet wird, von neuem aufleben. Die Linksparteien werden sich natürlich der Weiterberatung am Sonnabend widersetzen.

Studentenkrawall in Sofia.

Kommunisten gegen Nationalisten.

Sofia, 16. Dezember. Am Mittwoch kam es in Sofia zu schweren Studentenunruhen. Etwa 2000 Studenten, darunter viele Kommunisten, lärmten seit den frühen Morgenstunden in der Universität, auf den Straßen und auf dem Platz vor der Sobranje und forderten die Einstellung der Vorlesungen des früheren Ministerpräsidenten Prof. Zankoff sowie dessen Entfernung aus dem Lehrkörper. Vor dem Parlament trat der Menge ein starkes Polizeiaufgebot entgegen. Auch Wasserspritzen wurden eingesetzt, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Bei den Zusammenstößen gab es etwa 20 Verwundete durch Säbelhiebe. Abgeordnete der Bauernpartei unterstützten die Studenten durch Ansprachen. Schwere Kämpfe spielten sich auch innerhalb der Universität zwischen Kommunisten und nationalistischen Studenten, die Zankoff verteidigten, ab. Dabei wurde die Einrichtung eines Hörsaales zertrümmert. Auch hierbei gab es auf Seiten der zankofftreuen Studenten mehrere Verletzte, die von kommunistischen Studenten im Triumph durch die Straßen getragen wurden.

Aus aller Welt

Die Qualität der Sklarek-Waren.

In der Mittwoch-Sitzung des Berliner Sklarek-Prozesses wurde Verwaltungsdirektor Golz, der Leiter der Kleiderkammer des Berliner Jugendamtes, als Zeuge vernommen, Golz berichtete, daß eine von Bäß unterzeichnete Magistratsverfügung die Anweisung enthalten habe, daß die Aemter ihren Bedarf bei den Sklareks decken sollten; er selbst habe sich aber „darum herumgedrückt", da die Sklarek'schen Waren schlecht und teuer gewesen seien. Als der Angeklagte frühere Stadtrat Gaebel ihm einmal Vorwürfe gemacht habe, daß er bei den Sklareks nichts bestelle, habe er geantwortet: „Ich nehme nicht zweite Qualität für erste Qualität ab. Das Interesse der Waisenkinder geht vor die Interessen der Sklareks. Leo Sklarek versuchte sich zu rechtfertigen.

Das neue Vierpfennigstück. Mit der Ausprägung des in der neuen Notverordnung vorgesehenen Vierpfennigstücks wird demnächst begonnen werden. Das Geldstück soll dem Zweipfennigstück ähnlich, aber entsprechend größer sein. Zur Herstellung dient eine Kupferlegierung.

Schulstreik in Schleswig. Für mehrere Schulen im Regierungsbezirk Schleswig wurde von der Elternschaft der sofortige Schulstreik proklamiert. Das Motiv des Beschlusses ist die im Hinblick auf allgemeine Sparmaßnahmen veranlaßte Schließung mehrerer Schulen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0002

Geschäfte mit Labrador.

Deutsche Interessenten wollen Labrador pachten?

Die schraffierten Teile sind neufundländisch, der Pfeil bezeichnet den zu verkaufenden Küstenstrich.

Die Regierung von Neufundland hat der kanadischen Regierung ein Verkaufsangebot für Labrador, der halbarktischen Landschaft Nordamerikas, unterbreitet. Der Kaufpreis soll 100 Mill. Dollar betragen. Diese Mitteilung wurde von Sir William Coaker, einem Mitglied des neufundländischen Kabinetts, gemacht. Gleichzeitig teilte Coaker mit, daß vor kurzem von deutscher Seite ein Pachtangebot für Labrador auf 99 Jahre unter etwa den gleichen Bedingungen eingegangen sei, wie der jetzige Vorschlag Neufundlands an Kanada enthalte. Die Regierung von Neufundland ziehe jedoch eine Ueberlassung an deutsche Interessenten nicht in Betracht und werde nur einer Uebertragung der Hoheitsrechte in Labrador an Kanada zustimmen. Labrador besitzt riesige Wälder und große Bodenschätze. Auch sind Flüsse mit starkem Gefälle vorhanden, die die Anlage größerer Kraftwerke ermöglichen.

Doch Calmette-Verwechslung?

Sensationelle Feststellungen in Lübeck.

Im Calmette-Prozeß machte der Sachverständige Professor Ludwig Lange vom Reichsgesundheitsamt Berlin am Mittwoch die sensationelle Mitteilung, daß es ihm gelungen sei, den Kieler Stamm in den Züchtungen aus dem Material der Lübecker Kinder zu identifizieren. Seine technische Assistentin habe ihm schon vor einiger Zeit auf besondere Merkmale, die sie beim Kieler Stamm beobachtet habe, hingewiesen. Die aus den Lübecker Säuglingen isolierten Tuberkelbazillen-Kulturen hätten auffallend ähnliche Merkmale gezeigt.

Auf Grund dieser völlig neuen und alle bisherigen Gutachten völlig umwälzende Aussagen erklärte der Verteidiger Professor Deyckes, Rechtsanwalt Ahde: „Auf diese überaus wichtigen Ausführungen von Professor Ludwig Lange, von denen wir erst jetzt in der Hauptverhandlung hören, und die auch in der Bakteriologie als neue Funde gelten, muß ich die veränderte Sachlage erst mit meinem Mandanten besprechen. Sollte der Prozeß dann verzögert oder die Durchführung des Prozesses gefährdet werden, so ist das nicht meine Schuld. Durch die Untersuchungen Professor Ludwig Langes ist der Beweis erbracht, daß die aus Kiel bezogenen menschlichen Tuberkelbazillen durch Verwechslung in den in Lübeck verabreichten Impfstoff gelangt sein müssen."

Die Feststellungen Professor Ludwig Langes wurden von Professor Hahn bestätigt, der auf Grund eigener Untersuchungen zu dem gleichen Ergebnis gelangt sein will. Auch Professor Bruno Lange äußerte sich in dem gleichen Sinne und erklärte: Die einzige pathogene Tuberkelbazillen-Kultur, die zur Zeit der Impfung im Lübecker Laboratorium vorhanden war, stammt aus der Charité in Berlin und ist von Beginn ihrer Züchtung an bis heute im Institut Robert Koch sehr genau untersucht worden. Dieser vom Institut Robert Koch seinerzeit nach Kiel und von hier aus nach Lübeck abgegebene Tuberkelbazillen-Stamm zeigt sowohl hinsichtlich seines Wachstums auf künstlicher Kultur wie auch hinsichtlich seines Verhaltens am Tierkörper eine auffallende Aehnlichkeit mit den aus Lübecker Säuglingen isolierten Tuberkelbazillen-Kulturen.

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Nobel-Arrest. Als Professor Bergius in Stockholm den ihm zugedachten Nobelpreis ausgezahlt erhielt, stellte der Stockholmer Hauptmann Björklund gegen den deutschen Forscher Arrestantrag auf den Preis. Björklund macht gegenüber Bergius eine Forderung von 28 000 Kronen geltend, weil er sich durch Deutschland, d. h. durch den Berliner Rechtsanwalt Neumond, der vor längerer Zeit durch Freitod aus dem Leben schied, betrogen fühlt. Bergius hatte Neumond drei Wechsel auf insgesamt 100 000 Mark zur Finanzierung eines Unternehmens zur Verfügung gestellt. Neumond aber soll die Wechsel auf eigene Faust verkauft und den Erlös für sich behalten haben. Die Forderung ist nicht verjährt. Vorerst hat das Rathausgericht in Stockholm jedoch den Anspruch abgelehnt. Bergius ist abgereist. Der Fall kommt jetzt vor das schwedische Appellationsgericht.

Wer den Wal hat . . . Die dänische Polizei hat gegen die Fischer von Hernösand eine Untersuchung wegen Tierquälerei eingeleitet. Die Hernösander Fischer hatten einen 25 Meter langen Wal gefangen und an Land gezogen. Da sie aber keine Ahnung hatten, wie das Tier zu töten sei, beschossen sie es und schlugen es mit Eisenstangen. Erst nach 19 Stunden war der Wal tot . . .

Bonbon-Heide gestorben. Der „Bonbonkönig von Newyork", Henry Heide, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Heide hatte sich vom mittellosen Einwanderer aus Deutschland im Laufe der Jahre zum schwerreichen Fabrikanten emporgearbeitet. Er übte eine umfassende Wohltätigkeit aus; während der deutschen Inflationszeit ermöglichte er das Weiterbestehen vieler Kinderheime in Deutschland.

Elli Beinhorn in Bagdad. Die 20jährige deutsche Pilotin Elli Beinhorn ist auf ihrem Alleinflug nach dem fernen Osten in Bagdad eingetroffen.

Neuer Bankbeschuldigter. Das von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin eingeleitete Verfahren gegen den flüchtigen Bankdirektor Seiffert von der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz und gegen die beiden Aufsichtsratsmitglieder Ladendorff und Le Viseur wurde auf den 76jährigen Kaufmann Knaake ausgedehnt. Knaake war gleichfalls Aufsichtsratsmitglied.

Flugzeugkatastrophe. Ueber dem Flugplatz Travemünde bei Lübeck stürzte am Mittwoch mittag aus großer Höhe ein Zweischwimmer-Versuchsflugzeug vom Typ H D 50 ab, das ausprobiert werden sollte. Der Pilot, der 29jährige Flugzeugführer Wieborg, verunglückte tödlich. Die Ursache der Katastrophe steht noch nicht fest.

Hindenburg an Hoover.

Der Brief des deutschen Reichspräsidenten, der zum Hoover-Jahr führte.

Washington, 17. Dezember. (Eig. Funkm.). In der Mittwochsitzung des Kongresses forderte der Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, schnellste Ratifizierung des Hoover-Moratoriums. Stimson betonte in der Begründung seiner Forderung u. a., daß die Finanzlage Deutschlands die Geschäftszentren Europas und Amerikas in Gefahr gebracht habe. In seinen weiteren Ausführungen verlas der amerikanische Staatssekretär u. a. den Brief, den Reichspräsident von Hindenburg am 20. Juni d. J. an den amerikanischen Staatspräsidenten gerichtet hat, und der zur Entscheidung Hoovers für das Feierjahr wesentlich beigetragen hat. Der Brief lautet:

Neudeck, 20. Juni 1931.

„Herr Präsident! Die Not des deutschen Volkes, die ihren Höhepunkt erreicht hat, zwingt mich zu dem ungewöhnlichen Schritt, mich an Sie, Herr Präsident, persönlich zu wenden. Das deutsche Volk hat Jahre hindurch schwerste Notzeiten durchgemacht, die im vergangenen Winter ein Höchstmaß erreicht haben. Die wirtschaftliche Erholung, die man für diesen Frühling erwartet hat, ist nicht eingetreten. Ich habe daher jetzt Schritte unternommen, unter Berufung auf die außergewöhnlichen Befugnisse, die mir die deutsche Verfassung verleiht, um die Durchführung der dringendsten Ausgaben, denen sich die Regierung gegenüber sieht, sicherzustellen und die notwendigsten Subsistenzmittel für die Arbeitslosen bereitzustellen. Diese von mir getroffenen Maßnahmen ziehen in radikaler Weise alle wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Mitleidenschaft und fordern die größten Opfer von allen Teilen der Bevölkerung. Alle Möglichkeiten, die Lage durch innere Maßnahmen zu verbessern, ohne Hilfe vom Auslande, sind erschöpft. Wie die Entwicklung in den letzten Tagen zeigt, mangelt es der ganzen Welt an Vertrauen in die Fähigkeit des deutschen Wirtschaftssystems, unter den gegenwärtigen Lasten weiter zu arbeiten. Die Tüchtigkeit, der Arbeitswille und die Disziplin des deutschen Volkes rechtfertigen das Vertrauen in die strikte Erfüllung der großen privaten Schuldverpflichtungen aus Anleihen, mit denen Deutschland belastet ist. Aber um seinen Weg im Völkerleben weiter fortgehen zu können und das Vertrauen der Welt in die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu erhalten, braucht Deutschland dringende Hilfe. Die Hilfe muß sofort kommen, wenn wir schweres Unglück für uns und andere vermeiden wollen. Das deutsche Volk muß weiter die Möglichkeit haben, unter erträglichen Lebensbedingungen zu arbeiten. Sie, Herr Präsident, als Vertreter des großen amerikanischen Volkes, sind in der Lage, die Schritte zu unternehmen, durch die eine sofortige Aenderung der Lage, die heute drohend für Deutschland und die übrige Welt ist, herbeigeführt werden könnte.

gez. Hindenburg.

•

Dieser Brief wurde seinerzeit auf ausdrücklichen Wunsch des Präsidenten Hoover verfaßt und durch Kabel nach Amerika übermittelt. Seine Veröffentlichung lehnte Hoover damals mit der Begründung ab, daß er von dem Brief zu geeigneter Zeit Gebrauch machen werde. Daß dieser Zeitpunkt in dem Augenblick gekommen sein würde, in dem der Kongreß der Ratifikation des Hoover-Moratoriums Schwierigkeiten machen würde, war bereits im Juni sicher. Tatsächlich hat die Bekanntgabe des Briefes ihre Wirkung auf den Kongreß nicht verfehlt. Man rechnet jetzt in führenden demokratischen Kreisen mit einer Beendigung der Moratoriumsdebatte für das Wochenende und im Anschluß daran mit der Ratifikation des Hoover-Planes durch den Kongreß.

„Deutschlands Zusammenbruch eine Katastrophe für Europa".

Washington, 17. Dezember. Im Arbeitsausschuß des Repräsentantenhauses nahm nach Stimson erneut Unterschatzsekretär Mills das Wort. Er erklärte, daß das Hooverfeierjahr notwendig gewesen sei, um eine Katastrophe zu vermeiden. Die Absicht Hoovers und das Ziel der Londoner Ministerbesprechungen sei gewesen, die in Frage kommenden großen Mächte davon zu überzeugen, daß durch eine Festigung der Lage Deutschlands die Anleihen am besten gesichert würden. In großer Erregung, wobei er mit der Hand auf das Rednerpult schlug, schilderte dann Mills das Ausmaß der europäischen Katastrophe im Falle eines deutschen Zusammenbruches. Eine neue deutsche Inflation würde eine allgemeine Panik hervorrufen.

Selbstmord oder politischer Mord?

General Franz Schill,

der frühere Leiter der ungarischen Gendarmerie, der unter dem Verdacht der Teilnahme an dem kürzlich aufgedeckten Offiziersputsch verhaftet worden war, wurde in seiner Zelle im Budapester Militärgefängnis erhängt aufgefunden. In Budapest glaubt man nicht an einen Selbstmord, sondern ist der Meinung, daß man Schill ermordet und aufgehängt hat, weil er über die Beziehungen mächtiger Leute zu den Putschisten zu gut unterrichtet war. Mit verunglückten Putschisten will bekanntlich niemand gern etwas zu tun haben.

Das Budapester Organ der Sozialdemokratie stellt in seiner Mittwoch-Ausgabe fest, daß bei dem Putschgeneral Schill am Sonnabend vor dessen angeblichem Selbstmord zwei Offiziere im Gefängnis erschienen seien und sein Schädel Wunden aufweise, die von Schußwaffen herrührten. Die Oeffentlichkeit sei überzeugt, daß Schill keinen Selbstmord begangen habe. Darauf deute auch hin, daß Schill am Mittwoch kirchlich eingesegnet worden sei, was bei katholischen Selbstmördern unzulässig sei.

Arbeitslosen-Fürsorge in Amerika.

Nur wohltätige Spenden.

Die Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beziehen keine offizielle staatliche Unterstützung, sondern sind völlig auf wohltätige Spenden angewiesen. Die Sammlung dieser Spenden wird allerdings wieder in echt amerikanischem Ausmaße aufgezogen. Auf einem der größten Plätze Newyorks befindet sich eine riesige Werbetrommel, auf der dauernd der Stand der Sammlung angezeigt wird. Tagsüber werden durch Lautsprecher Ansprachen gehalten und selbst nachts ist die Trommel erleuchtet und mahnt alle Vorübergehenden, einen Beitrag für die Sammlung zu geben. Das obige Bild zeigt eine Werbeveranstaltung für die Arbeitslosen-Sammlung auf dem Washington Square, einem der größten Plätze von Newyork.

Sturmschäden an der Ostsee. An der Ostseeküste wurden durch Sturm viele Fahrzeuge, die die Fischer zur Sicherung auf die Dünenkämme gezogen hatten, von der Brandung erfaßt und zertrümmert oder schwer beschädigt. In Kolberg steht weites Ufergelände unter Wasser. Die Stolpe ist über ihre Ufer getreten. Im Ostseebad Cranz wurde die Uferpromenade vollkommen verstört; in den großen Hotels und Pensionen sind die Fenster eingedrückt.

Verbilligter Verkehrstarif. Ab 31. Dezember kostet in Berlin eine einfache Straßenbahn- oder Untergrundbahnfahrt 20 Pfennig (bisher 25 Pfennig), eine Omnibusfahrt wie bisher 25 Pfennig, ein gewöhnlicher Umsteigefahrschein 25 Pfennig (bisher 30 Pfennig), ein Umsteigefahrschein mit Omnibusberechtigung wie bisher 30 Pfennig.

Schwere Zusammenstöße zwischen flämischen und wallonischen Studenten. In der Nacht zum Mittwoch kam es an der Universität Löwen wiederum zu schweren Zusammenstößen zwischen flämischen und wallonischen Studenten, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Der Polizei gelang es schließlich, die Ruhe wieder herzustellen.

In Paris werden jetzt Stahlhäuser errichtet, die mit Badezimmer, elektrischem Licht und Zentralheizung ausgestattet sind, in acht Minuten erbaut und in wenigen Sekunden an ihrem Platz errichtet werden können.

•

Die ersten Versuche mit der drahtlosen Telegraphie wurden von Marconi im Jahre 1899 am Aermelkanal angestellt.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte)

Nazis in Hamburg.

Hamburg, 17. Dezember. (Eig. Funkm.). Die Hamburger Bürgerschaft nahm am Mittwoch abend nach heftiger Debatte mit den Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen einen kommunistischen Antrag an, der die Aufhebung aller Notverordnungen fordert. Ein nationalsozialistischer Antrag, nach dem allen Schülern und Beamten die politische Betätigung gewährleistet werden soll und aus politischen Gründen Entlassene wieder eingestellt werden sollen, wurde nach einer scharfen Abrechnung mit der doppelzüngigen Politik der Nazis mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Chemnitzer Hochverratsprozeß.

Leipzig, 17. Dezember. (Eig. Funkm.). Die Mitglieder einer kommunistischen Geheimorganisation in Chemnitz wurden am Mittwoch vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu Gefängnis-, Festungs- und Zuchthausstrafen bis zu 2½ Jahren verurteilt. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß die beiden Hauptangeklagten, die zu Zuchthaus verurteilt wurden, in Chemnitz ein Organisationszentrum unterhalten haben, das für das gesamte sächsische Erzgebirge und für das Vogtland der Mittelpunkt für Nachrichten, Bespitzelung, Zersetzung, Emigration und „Militärpolitik" gewesen sei.

Schneesturm auch über Lettland. — Zahlreiche Schiffe in Seenot.

Riga, 17. Dezember. Am Mittwoch wurde Lettland von einem gewaltigen Schneesturm heimgesucht, der großen Schaden anrichtete. Meterhohe Schneewehen legten den Eisenbahn- und Straßenverkehr lahm. Die Drahtverbindungen waren zum Teil gestört. Der Gebäudeschaden ist sehr groß. In Windau wurde die Betonbrücke, die die beiden Teile der Stadt verbindet, infolge des ungeheuren Winddruckes auseinandergebrochen. Zahlreiche Schiffe haben Hilfe-Rufe ausgesandt. Allein aus Riga werden sechs Dampfer als überfällig gemeldet. Bei Libau zerschellte der estländische Segler „Lukas" an der äußeren Hafenmole, wobei die sechsköpfige Besatzung den Tod in den Wellen fand.

Zusammenstöße in der Steiermark.

Wien, 17. Dezember. (Eig. Funkm.). Bei Zusammenstößen in Voitsberg bei Graz schossen Landjäger zwei sozialdemokratische Parteigenossen, darunter eine Lehrerin, tot. Sechs Personen, darunter auch ein Hakenkreuzler, wurden verwundet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0003

Es lohnt sich im Naverma-Haus zu kaufen!

Naverma-Waren preiswert und gut — Naverma HAUS

Backartikel
für gute Kuchen!

Backfein-Kuchenmehl . 1 Pfd. nur **21** Pf.
5 Pfund-Taschentuchbeutel nur **125** Pf.
Bördeblüte-Kaisermehl 1 Pfd. nur **26** Pf.
5 Pfund-Leinenbeutel nur **138** Pf.
Erstes Auszugmehl 5 Pfd.-Beutel nur **150** Pf.
Sultaninen . 1 Pfd. nur **92, 80, 72, 60** Pf.
Rosinen . . . . . 1 Pfd. nur **60, 57** Pf.
Korinthen . . . . . 1 Pfd. nur **68, 56** Pf.
Riesenmandeln . . . ¼ Pfd. nur **45** Pf.
Gewähltesüße Mandeln ¼ Pfd. nur **40** Pf.
Bittere Mandeln . . ¼ Pfd. nur **40** Pf.
Mandi, Mandelersatz 1 Pfd. nur **48** Pf.
Kokosschnitzel, geraspelt 1 Pfd. nur **40** Pf.
Zitronat, großstückig . . ¼ Pfd. nur **25** Pf.
Blaumohn . . . . . 1 Pfd. nur **48** Pf.

Für den Weihnachtsteller!

Marokkanerschnitte, gef. ¼ Pfd. nur **30** Pf.
Spitzkuchen . . . . ¼ Pfd. nur **24** Pf.
Spitzkuchen Extra . ¼ Pfd. nur **35** Pf.
Spekulatius, gut gewürzt ¼ Pfd. nur **20** Pf.
Gnadauer Brezeln . ¼ Pfd. nur **23** Pf.
Russisch-Brot, sehr beliebt ¼ Pfd. nur **35** Pf.
Marzipan-Kartoffeln ¼ Pfd. nur **35** Pf.
Persipan-Kartoffeln ¼ Pfd. nur **20** Pf.
Pflastersteine . . das ganze Pfd. nur **48** Pf.
Pfeffernüsse . . das ganze Pfd. nur **44** Pf.

300 g Trumpf-Pralinieren
sehr große Schachtel nur **95** Pf.

500 g Weihnachts-Praliniere
Schöne Mädchen-Köpfe nur **180** Pf.

Prachtvolle Früchte!

Prachtv. Walnüsse Extra 1 Pfd. nur **60** Pf.
Gute Walnüsse I . . . 1 Pfd. nur **50** Pf.
Gr. Giovanni-Haselnüsse 1 Pfd. nur **65** Pf.
Gute Haselnüsse . . . 1 Pfd. nur **55** Pf.
Erdnüsse, geröstet . . . 1 Pfd. nur **40** Pf.
Paranüsse, bes. schmackhaft 1 Pfd. nur **50** Pf.
Feigen, feine Smyrna . . . ¼ Pfd. nur **35** Pf.
Aprikosen, ff. kaliforn., getr., 1 Pfd. nur **100** Pf.
Ringäpfel, ff. schneeweiß . 1 Pfd. nur **60** Pf.

Apfelsinen, bes. preiswert

Pflaumen, mit Stein ½ Dose nur **62** Pf.
Apfelmus, delikat . . ½ Dose nur **56** Pf.
Erdbeeren . . . . . ½ Dose nur **115** Pf.
Ananas, allerfeinste . ½ Dose nur **180** Pf.

Süffige Weine in 1 Ltr.-Flasch. billiger als je!

Rhein — **Edenkobener, 1 Ltr.**-Fl. nur **90** Pf.
30 er Ensheim., 1 Ltr.-Fl. nur **80** Pf.
Mosel — **30 er Wellener, 1 Ltr.**-Fl. nur **70** Pf.
30 er Zeltinger, 1 Ltr.-Fl. nur **85** Pf.
30 er Braunch. Riesling 1 Ltr.-Fl. n. **95** Pf.
30 er Bernkastl. Riesl. 1 Ltr.-Fl. nur **110** Pf.
Rot — **Wachenh. Mandelgarten,** deutsch. Rotwein **1 Ltr.**-Fl. n. **78** Pf.
Castillo Montesa, 1 Ltr.-Fl. nur **95** Pf.
fein. span. Rotwein, das beste für Glühwein
Naverma-Schluck . **1 Ltr.**-Fl. nur **270** Pf.
32%er Nordhäuser Trinkbranntwein
Flaschenpfand **25** Pf.
Weine und Spirituosen in sehr großer Auswahl zu äußersten Preisen.

Rabatt in Marken — 5% — Naverma Waren

17508 Mk. Rabatt

zahlten wir in voriger Woche durch unsere sämtlichen Verkaufsstellen aus!

Bestellungen durch Fernsprecher Nr. 1993, 2966 oder 1295 werden schnellstens mit unserem Lieferwagen ausgeführt!

Stadt-Theater

Donnerstag, den 17. Dezember, 20—23 Uhr:
Gültig für Donnerstag-Dauermieter
„Die drei Musketiere"
Revue-Operette von Ralph Benatzky (0.65—4.20)

Freitag, den 18. Dezember, 20—22¼ Uhr
„Die Mitschuldigen"
„Die Laune des Verliebten"
von Goethe (0.45—3.00)

Synagogen-Gemeinde.

Freitag, den 18. Dezember, 16.00 Uhr. Sonnabend, den 19. Dezember, 8 Uhr. Sabbath-Ausgang: 16.56 Uhr. Wochentags: 6.45 Uhr, 16 Uhr.

Schlachthof-Freibank

Freitag von 9 bis 11 Uhr
Rindfleisch (roh) . . . . . Pfund **40** Pfg.
Schweinefleisch (gedämpft) . . Pfund **30** Pfg.

Maul- und Klauenseuche

bei Heilbrunn, Hornhäuserstr. Nr. 37, ausgebrochen. Sperrbezirk: Hornhäuserstraße zwischen Braunschweiger- und Halberstädter Eisenbahn, Lazarettstraße, Moltkestraße und Turnplatz. Beobachtungsgebiet: Hornhäuserstraße zwischen Halberstädter Eisenbahn und Lindenstraße, Augustastraße, Petersilien-, Garten-, Bismarck-, Bruch-, Alteddorf-, Weinberg- und Hunstraße und die Siedlung Sachsenland.

Dsch ersleben (Bode), den 15. Dezember 1931.
Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Löwenstolz Extra

ist mit den modernsten Molkerei-Maschinen, unter Verwendung frischer Milch und ausgesuchtester Rohstoffe, in einer landschaftlich bevorzugten Gegend des Niederrheins, von einem der ältesten Unternehmen seiner Art, **besonders** für unsere Geschäfte hergestellt.

Wer Löwenstolz noch nicht gegessen hat, hat keine Vorstellung, wie gut Margarine schmecken kann.

Löwenstolz Extra schmeckt wie gute Butter!
1 Pfund 1 Mark und 10% Rabattspermarken
Toepferstolz, allerfeinste frische Haushaltmargarine
1 Pfund 75 Pfg. und 10% Rabattspermarken

Billige Butter
gute, haltbare Qualität. **1 Pfund 1.20 RM.** netto

Toepfer Compagnie
Butterhandlung zu den drei Glocken „ Breiteweg 24

Wachslichtchen

zu Advent und Weihnachten
15 Stück 10 Pf. und teurer
weiß und bunt
einzeln und paketweise
Geburtstagskerzen
in verschiedenen Größen und Ausführungen v. 10 Pf. bis 5 Mk.
Burgkerzen, Rauchtischkerzen
Parfümerie C. Midy
Fernsprecher 1927 Breiteweg 60

Weihnachtsbäume

erstklassige Sauerländer, in allen Größen, darunter sehr viele kleine Bäume in großer Auswahl.
Obstlagerplatz Friedenstraße und Roonstraße Ecke.

Zum Weihnachtsfest!

Christbaumschmuck
Nichttropfende Baumkerzen, Lichthalter, Lametta usw.
Kölnisch Wasser und Parfümerien aller führenden Marken **Tolletteseifen,** mit und ohne Parfüme, in geschmackvollen Geschenkkartons.
Wal- und Haselnüsse, Gewürze zur Weihnachtsbäckerei.
Auf Photo-Apparate 10 Prozent,
Ledertaschen, Stative, Photoalben in groß. Auswahl
Blitzlichte, Fita-Rollfilmkamera, 5×8, nur 13.50!
Phothoarbeiten und Vergrößerungen werden gut und sauber ausgeführt.
Löwen-Drogerie, W. Rathenaustraße Nr. 60

Achtung! Achtung!
Sonderpreis in Speisezimmern

1 Büfett, Eiche mit Nußbaum und Mahagoni,
1 Kredenz, Eiche, 1 Ausziehtisch, Eiche, 4 Lederstühle, Eiche **350.00** RM.
Einzelne Büfetts, 145 cm breit . . **160.00** RM.
160 cm breit . . **215.00** RM.
Einzelne Kredenzen . . . . . **75.00** RM.
Ausziehtische . . . . . **55.00** RM.
Stühle . . . . . **15.00** RM.
Eigene Anfertigung, daher volle Garantie.

W. Rißling, Tischlermeister, Gerberstr. 7.
Freie Lieferung nach auswärts. Auch Sonntags geöffnet

Fürstenhof und Capitol-Gaststätten

Freitag und Sonnabend
Schlachtfest
Die bekannten Spezialitäten!
Herabgesetzte Preise. Ab 10 Uhr alles fertig.
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Es laden freundlichst ein
Carl Eschemann und F. Löwenberg.

Fruchtweine vom Faß

in Qualität das Beste vom Besten!

Apfelwein	das Liter Mk.	0.35
Johannisbeerwein II, rot		0.65
Johannisbeerwein I, rot		0.75
Stachelbeerwein I		0.75
Kirschwein		0.85
Johannisbeerwein, schwarz		1.00
Erdbeerwein		1.10

Kostproben umsonst!
Weinhandlung H. A. Lessmann
Westendorf 46 **Halberstadt** Fernspr. 1867

Rodelschlitten

große, starke Mk. 5.50
Schlittschuhe, Werkzeugkästen
Christbaumständer
in großer Auswahl
liefert
Erich Haedecke
Telephon 2921 Weingarten 26

Weihnachtskuchen

aus den vom Fachmann erprobten Mehlen hergestellt, sind doch die Besten. Unsere Mehle sind aus edelsten Sorten gemischt und durch Ergiebigkeit billiger im Verbrauch. In fast allen Bäckereien zu haben.

Einkaufsgenossenschaft der Bäckermeister
Halberstadt.

Stollen

Feinstes Kuchenmehl
5 Pfund-Beutel **1.35** Mk.

Feinstes Weizen-Auszugs-Mehl
5 Pfund-Beutel **1.60** Mk.

„Nordsee"

Breiteweg 40 Telefon 2509
Aus unsern Dampfern
Ausgesucht beste
Seefische

ff. Goldbarsch, o. K.	i. Ausschn.	Pfund 32 Pfg.
ff. Seelachs		
ff. Kabeljau	i. Ausschn.	Pfund 35 Pfg.
ff. Schellfisch		
ff. Bratschollen Pfd. 45 Pfg.		
ff. Filet v. Goldbarsch Pfd. 50 Pfg.		
ff. Rotzungen und Zander		
feinste Kronsardinen		jede 1 Ltr.-D. 78 Pfg.
feinste Bismarckheringe		
feinster Rollmops		

Uhren!

Der Zeit entsprechend habe ich die Preise für Reparaturen an Uhren aller Art bedeutend herabgesetzt.
Für Arbeitslose besondere Ermäßigung
W. FEY Uhrmacher
Holzmarkt 17a, 1 Tr.
Eingang Heinrich-Julius-Str.

Möbelpolitur

Rats-Apotheke.

---

50 Pf.-Arb.-Wohlfahrts-Weihnachts-Lose

sind wieder eingetroffen
Ziehung: 19. Dezbr.
Staatlicher Lotterie-Einnehmer **Strobach**
Kühlingerstr. 3, Fernspr. 2850

Fisch

blutfrisch billig
Freitag, Breiteweg 52
(Kornhaus)
Fisch-Jürgens Wesermünde

„Mohn"

ganzen und gemahlenen, stets zu haben bei **H. Zickmann,** Lazarettstr. 51, Bäckerei. Daselbst steht elektr. Mohnmühle zur gefl. Benutzung.

Hamburger Fischhalle

Martinsplan 33 Tel. 2172
Täglich
frische Seefische
ff. Räucherwaren,
lebende Karpfen, Pfd. 1 Mk.
Schleie und Aale.

Billig!

Täglich blutfrische
Seefische, Fischfilet
in Auswahl.
Alles äußerst preiswert.
Prima grüne Heringe
1 Pfd. 25, 3 Pfd. n. 70 Pf.
Richter-Fischzentrale
Hoheweg 4. Telefon 1220

Adventslichter und -halter

usw.
Löwen-Drogerie
Walter Rathenaustraße
(Ecke Seydlitzstr.)

Tabakpfeifen

Brunyères-Shagpfeifen
Trockenraucher-Systeme
wie:
Dr. Perl Record S. D. S. **Pfeifen**
Tabakbeutel und -dosen
Pfeifenstopfer und -reiniger
in großer Auswahl.
Ersatzteile
und Reparaturen.
Ernst Paetzel.
Stock- und Pfeifenhandlung.
Halberstadt, Weingarten 25.

Thale a. Harz

Achtung! Achtung!
Verkaufe Freitag und Sonnabend bestimmt den ganzen Tag
frisch. jung. fettes Rindfleisch,
Kochfleisch . Pfd. 0.60 Mk.
Gulasch . . Pfd. 0.70 Mk.
Gehacktes, Rind Pfd. 0.70 Mk.
Schmorfleisch Pfd. 0.70 Mk.
Rouladen . Pfd. 0.90 Mk.
Verkaufe auch von jetzt ab Eisenbahnstr. 15 und Roßtrappenstraße 10/11.
Albert Riegeler.

Prima Rindfleisch

Pfund 55 und 60 Pfennig
verkaufen wir Freitag morg. 10 Uhr Lichtengraben 7
Gebr. Becher.

Markthalle, Stand 19

Verkaufe ab 18. d. Mts. jeden Freitag und Sonnabend
nur I. Qualität Rindfleisch
Suppenfleisch 70 Pfg., Schieres und Rouladen 90 Pfg., sowie Leber, Herz etc.
Otto Stief, Fleischermeister

Achtung! Südfrüchte

immer am billigsten!
Walnüsse, frische gute Ware . . . Pfund nur 40 Pfg.
Haselnüsse . . . . . Pfund nur 50 Pfg.
Zuckersüße Mandarinen . . Pfund 30, 2 Pfund 55 Pfg.
Zuckersüße Apfelsinen, große Früchte . Stück 5 Pfg.
Nur
Spanischer Garten
Schmiedestraße 36 — Telephon 1093

Täglich frisch marinierte
Heringe
mit dicker Milchersoße sowie
feinster Heringssalat
mit Mayonnaise od. Mehlsoße
Ludwig, Schuhstr. 21

Zu verkauf.: **Kleiderschrank** 38.— und **Waschtoilette** (echt Marmor) 38.— Mk.
Arndt, Moltkestr. 15 II, r.

Inserieren bringt Gewinn!!

---

20 ausgesuchte Geschenkbücher für Kinder und Jugendliche

Ohne billigen Optimismus, ohne aufdringliche Moral, ohne nationalistische und militaristische Tendenz. Jugendschriften sollen eine Vorschule für Erkenntnis und Erlebnis der Gegenwart sein.

.... Die Rutschbahn
Ein fröhliches Sportbuch für Vier- bis Achtjährige. Bunt, lustig und kindgemäß. Großformat mit Leinenrücken ..... M. 1,90

.... Der Widiwondelwald
und seine Fortsetzung.

.... Hurleburles Wolkenreise
Zwei Bilderbücher mit schönen Versen. Halbleinen jedes Buch ..... M. 2,—

.... Flick, Flock, Flaum, die Zwerge
Gebunden ..... M. 3,—

.... Was wird aus Waldemar

.... Was tut Marianne
Lustige Kindererlebnisse. Halbl. Jedes Buch M. 1,70

.... Muz, der Riese
Ein heiteres Abenteuermärchen für Zehn- und Mehrjährige. Halbleinen ..... M. 2,50

.... Die Geschichte von den Eisriesen
Von G. E. Graf. Ein Märchen aus der großen Schneezeit. Illustriert, Halbleinen ..... M. 1,80

.... Riesen und Knirpse
Erdgeschichte in Märchen von G. E. Graf. Illustriert, Halbleinen ..... M. 2,50

.... Nickelmann
Heitere u. doch tiefsinnige Tierfabeln. Halbl. M. 3,—

.... Von Menschlein, Tierlein und Dinglein
Märchen aus dem Alltag von H. Schulz mit 12 farbigen Ottoeibildern. Halbleinen ..... M. 2,50

.... Peter Stoll, Ein Kinderleben
und seine Fortsetzung:

.... Peter Stoll, Der Lehrling
Kartoniert je ..... M. 2,25

.... Gerd Wullenweber
Geschichte eines jungen Arbeiters von Jürgen Brand. Kartoniert ..... M. 1,—

.... Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln
Reisebücher und Tagebuchblätter von Jürgen Brand. Illustriert, Ganzleinen ..... M. 3,50

.... Menschen und Menschenkinder aus aller Welt
Von Prof. Dr. A. Siemsen. Halbleinen ..... M. 3,—

.... Das Buch der Mädel
Von Prof. Dr. A. Siemsen. Gebunden ..... M. 2,50

.... Wollmieze
Geschichte eines Findelkindes, das seine Mutter sucht. Halbleinen ..... M. 2,75

.... Jungkämpferinnen
Mädchenschicksale aus bewegten Zeiten .... M. 3,—

.... Kinderland
Das bekannte Jahrbuch für die arbeitende Jugend. Jahrgang 1932. Gebunden ..... M. 1,50
Einige der vorhergegangenen Literaturgruppen enthalten ebenfalls für Jugendliche geeignete Bücher.

Volksbuchhandlung
„Halberstädter Tageblatt"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 294 — Donnerstag, den 17. Dezember 1931 — 6. Jahrgang

WERNIGERODE

Fleischbezugsscheine für Hilfsbedürftige.

Zur Bekanntmachung des Magistrats in heutiger Nummer unserer Zeitung wird uns vom Städtischen Wohlfahrtsamt folgendes mitgeteilt:

Im Rahmen der Winterhilfe stellt die Reichsregierung Mittel zur Verfügung, durch die der hilfsbedürftigen Bevölkerung für die nächsten Wochen der Bezug von frischem Rind- oder Schweinefleisch zu einem verbilligten Preise ermöglicht werden soll.

Zur Teilnahme an der Fleischverbilligung sind berechtigt: a) die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, b) die Hauptunterstützungsempfänger der Krisenfürsorge.

Zu a und b soweit Familienangehörige vorhanden sind. c) die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützungsempfänger unterstützten Personen, d) Empfänger von Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz, soweit sie ausschließlich auf Rente nach diesem Gesetz angewiesen sind, zu c und d soweit sie einen eigenen Haushalt führen.

Die Empfänger von Kurzarbeiterunterstützungen können an der Verbilligung nicht teilnehmen. — Die Verbilligung erfolgt auf Grund eines von der Reichsregierung herausgegebenen Bezugsscheines, der nicht übertragbar ist. Bezugsstellen für das verbilligte Fleisch sind alle Verkaufsstellen von Frischfleisch. Die Verbilligung wird ausschließlich für frisches Rind- oder Schweinefleisch gewährt; Wurstwaren sind von der Verbilligung ausgeschlossen. Jeder Berechtigte kann wöchentlich 1 Pfund verbilligten Fleisches erhalten. Auf geringere Mengen als 1 Pfund darf eine Verbilligung nicht gewährt werden. Der verbilligte Preis muß 30 ₰ unter dem Tagespreis oder, sofern zwischen der Gemeinde und den Fleischverkaufsstellen besondere verbilligte Preise für Unterstützungsempfänger vereinbart sind, 30 ₰ unter diesen vereinbarten Preisen liegen. Die Ausgabe der Bezugsscheine erfolgt für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge durch das Arbeitsamt, für die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen (auch für die Wohlfahrtserwerbslosen) durch die Gemeinde.

Die Abgabe des verbilligten Fleisches beginnt mit dem 18. d. Mts. Die Bezugsscheine enthalten vier Wochenabschnitte für die Zeit vom 18. 12. 31 bis 9. 1. 32. Die Bezugsscheine sind auf besonderem Wasserzeichenpapier gedruckt. Eine Verwendung der Abschnitte nach Ablauf der aufgedruckten Gültigkeitsdauer ist unzulässig. Die Wochenabschnitte des Bezugsscheines werden bei den durch Aushang kenntlich gemachten Fleischverkaufsstellen in Zahlung gegeben. Bei der jeweiligen Abgabe eines ganzen Pfundes frischen Rind- oder Schweinefleisches trennt der Fleischverkäufer den an dem betreffenden Tage geltenden Abschnitt ab, den er durch Aufdruck seines Firmenstempels unter Hinzufügung des Datums zu entwerten hat. Der Fleischverkäufer liefert die gesammelten Abschnitte jedesmal zusammen für 2 Wochen innerhalb von 5 Tagen nach dem letzten Gültigkeitstage, für die beiden ersten Wochen vom 18. Dezember bis 26. Dezember spätestens bis zum 5. Jan. 1932, und für die beiden letzten Wochen bis 9. Januar 1932 an die Gemeinde ab. Nach dem Verfalltage an die Gemeinde abgelieferte Abschnitte können nicht mehr beglichen werden und werden daher nicht angenommen. — Zur Vereinfachung der Auszahlung ist das Sparkassenkonto oder Bankkonto der Verkäufer anzugeben. Soweit Fleischverkäufer derartige Konten noch nicht besitzen sollten, ist nach Möglichkeit die Anlegung eines solchen zu empfehlen.

An die beim Arbeitsamt in Unterstützung befindlichen Personen werden die Scheine von diesem ausgegeben.

Die Bezugsscheine werden laut heutiger Bekanntmachung ausgegeben.

— **Wilhelmine Hermes †.** Ueber ein Jahr hat sich unsere Genossin Hermes im Kreiskrankenhause in qualvollen Leiden gemunden, als sie am Dienstag früh der Tod erlöste. Ihr Leben war Kampf bis zum letzten Atemzuge. Schon früh hat ihr die Arbeiterbewegung den Pfad gezeigt, auf dem sie als Mitkämpferin für eine bessere Zukunft tätig war. Als unsere Genossinnen sich zusammenfanden, um durch das Kampfsied die Arbeiterschaft zu begeistern, war „München", wie sie überall hieß, mit heißem Herzen und frohem Gemüt bei den Mitbegründern. Aber auch gewerkschaftlich und politisch wußte die Verstorbene, daß nur Vorteile errungen werden können, wenn man als aktive Mitkämpferin tätig ist. Die Gesinnungsgenossinnen werden ihr am Freitag um 15 Uhr von der Kapelle des Theobaldifriedhofes aus die letzte Ehre erweisen.

— **Die große Notverordnung** vom 8. Dezember im vollen Wortlaut ist zum Preise von 20 Pfennig in der Volksbuchhandlung, Burgstraße 30, noch in einigen Exemplaren zu haben.

— **Krankenkassenausschußsitzung.** Auf die morgen Freitag abend im Gewerkschaftshaus (Speisesaal) stattfindende außerordentlich wichtige Sitzung des Krankenkassenausschusses wird nochmals besonders hingewiesen.

— **Schenkt zu Weihnachten Bücher** und denkt beim Einkauf derselben an die Volksbuchhandlung, die alle Bücher beschaffen kann.

— **Der Werkunterricht des Wernigeröder Gymnasiums** möchte der Elternschaft sowie allen Gönnern und Freunden der Anstalt einmal wieder Rechenschaft über seine Arbeit geben und ladet alle, die an diesem wichtigen Teile der Jugendarbeit ihre Freude haben und daran Interesse nehmen, herzlich zum Besuche einer kleinen Ausstellung von Schülerarbeiten ein. In Sonderheit sind auch die Vertreter der städtischen Körperschaften gebeten, sich von der gedeihlichen Fortentwicklung des Werkunterrichts überzeugen zu wollen. Auch die Jugend, beiderlei Geschlechts ist, soweit die beschränkten Raumverhältnisse es zulassen, herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. Doch da heute die öffentlichen Mittel für diese Arbeit fast ganz gesperrt sind, so würde sich der Leiter des Werkunterrichts freuen, wenn solche, die dazu noch in der Lage sind, ihrer Freude über das Gesehene durch eine kleine materielle Unterstützung der guten Sache Ausdruck geben wollten. Ein Kasten wird für diesen Zweck bereit stehen. Die Ausstellung findet am Freitag und Sonnabend dieser Woche (18. und 19. Dezember) in der Zeit von 15 bis 18 Uhr im Werkstattraum des Gymnasiums statt. (Zugang vom inneren Gymnasialhof aus.)

— **Die Post zu Weihnachten.** Am Sonntag, dem 20. Dezember, findet eine Ortspaketzustellung statt. Die Schalter sind am 20. Dezember geöffnet. Schalter 8 (Ausgabe) von 9 bis 13 Uhr; zugleich für die Annahme von Telegrammen, Ferngesprächen, Wert- und Einschreibbriefen. Der Paketannahme- und Ausgabeschalter von 9 bis 18 Uhr. Am 24. Dezember werden die Schalter um 16 Uhr geschlossen; der Schalter 5 für die Annahme von Telegrammen und Ferngesprächen ist dagegen bis 19 Uhr geöffnet. Am 25. Dezember findet vormittags eine einmalige Brief- und Paketzustellung im Orts- und Landbezirk statt. Die Paket- und Briefausgabeschalter sind geöffnet von 9—12 Uhr. Am 26. Dezember ruht der gesamte Zustelldienst; Schalterdienst wie an Sonntagen.

— **Sportklub Hasserode.** Am Freitag, dem 18. Dezember, findet im „Hofjäger" eine wichtige Spielerfitzung statt. Am Sonntag, dem 20. Dezember, spielt die 1. Mannschaft gegen die gleiche von „Eintracht"-Osterwieck. Anstoß 14.30 Uhr. Die Jugendmannschaften beider Vereine treffen sich 13 Uhr.

Aus Halberstadt

* **Zur Märchenvorstellung der Volksbühne** sind in der Buchhandlung Halberstädter Tageblatt noch einige Karten erhältlich. Die Märchenvorstellung findet am Sonnabend nachmittag um 15 Uhr im Stadttheater statt. Es wird das Märchen „Rumpelstilzchen" in der bekannten Aufmachung gegeben.

* **Singen unter dem „Weihnachtsbaum für alle".** Am Freitag, dem 18. Dezember, ab 17 Uhr, singt die Städtische Oberrealschule folgende Lieder: 1. Susani. (Melodie aus dem Kölner Gesangbuch); 2. Wiegenlied der Hirten an der Krippe zu Bethlehem, bearbeitet von Max Reger; 3. In Dulci jubilo. (von Carl Löwe).

* **Verbilligtes Frischfleisch für Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger.** Das Arbeitsamt Nordharz teilt mit: Im Rahmen der Winterhilfe der Reichsregierung wird auch den Empfängern von versicherungsmäßiger Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung der Bezug von verbilligtem Frischfleisch ermöglicht. Berechtigt zur Teilnahme an der Hilfsmaßnahme sind sämtliche Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, soweit sie einen oder mehrere Familienzuschläge erhalten. Hauptunterstützungsempfänger mit mindestens vier Zuschlagsempfängern erhalten einen zweiten Bezugsschein. Die Ausgabe der Bezugsscheine erfolgt in allen Dienst- und Hilfsstellen im ganzen Bezirk des Arbeitsamts Nordharz an Bezugsberechtigte, denen in der Zeit vom Donnerstag, dem 17., bis Mittwoch, dem 23. Dezember 1931 einschließlich, Unterstützung gezahlt wird. Die Bezugsscheine werden also nur an den vorgeschriebenen Zahltagen gleichzeitig mit dem Unterstützungsbetrag ausgegeben.

* **Eine Kiste vom Wagen gestohlen.** Gestern gegen 18 Uhr wurde einem Geschirrführer einer hiesigen Großhandlung eine Kiste von seinem Planwagen bei der Fahrt durch die Unterstadt gestohlen. In der Kiste befanden sich zwei Liter Tinte, zweimal fünf Pfund Kaffee („Konsum" und „Mokka"), eine Kiste „Tiffator", 20 halbe Pfund Margarine „Echte Wagner", 20 Pfund Margarine „Harzglocken". Unter dem Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, stehen zwei Personen, die sich an einer dunklen Stelle der Straße aufhielten, die Plane am Wagen losgemacht und die Kiste in einem unbeobachteten Augenblick vom Wagen holten. Die Untersuchung der Polizei sind im Gange. Die Polizei bittet um zweckdienliche Mitteilungen.

Der Bauch von Paris.

Roman von Emile Zola.

41. Fortsetzung.

Pauline sagte zu allem ja. In einer letzten Anwandlung von Galanterie füllte er die Taschen ihrer Schürze mit Erde. Er setzte ihr jetzt härter zu und suchte als boshafter Straßenjunge, der er war, wie er ihr ein Leid zufügen könne. Doch sie hatte keinen Zucker mehr und spielte nicht mehr und wurde unruhig. Als er sie kneipen begann, weinte sie und sagte, sie wolle nach Hause gehen. Dies erheiterte Feinchen sehr, und er drohte ihr, daß er sie nicht nach Hause bringen werde. Völlig erschreckt, stieß die Kleine tiefe Seufzer aus, wie ein Mädchen, das in einer Herberge der Gemalt eines Verführers preisgegeben ist. Er würde sie schließlich geprügelt haben, um sie still zu machen, wenn nicht plötzlich die kreischende Stimme des Fräuleins Saget neben ihnen ausgerufen hätte:

O du mein lieber Gott, das ist ja Pauline! Wirst du sie in Ruhe lassen, nichtsnutziger Wicht!

Das alte Fräulein nahm Pauline bei der Hand und stieß Schreie des Entsetzens aus über den jämmerlichen Zustand der Kleider des Kindes. Doch Feinchen erschrak nicht; er folgte ihnen, lachte heimlich über sein Werk und versicherte wiederholt, Pauline sei freiwillig mitgegangen und zu Boden gefallen. Fräulein Saget war eine regelmäßige Besucherin des Innocenplatzes. Jeden Nachmittag brachte sie daselbst eine Stunde zu, um über das Geträtsche der kleinen Leute auf dem laufenden zu bleiben. Auf beiden Seiten des Platzes steht eine lange Reihe von Bänken; die armen Leute, die in den dumpfen Höhlen der benachbarten Gäßchen schier ersticken, kommen hierher, um sich zu erholen; die alten, dürren, fröstelnden Weiber mit zerknitterter Haube, die jüngeren Weiber in der Jacke mit schlecht befestigten Röcken, bloßem Haupte, vorzeitig erschöpft und verwelkt infolge des Elends; auch einige Männer sind zu sehen, sauber gekleidete Greise, Lastträger in schmierigen Jacken, Herren von verdächtiger Eleganz mit schwarzen Hüten auf dem Kopf. In der Allee wälzt sich die Kindermelt herum, schleppt räderlose Karren, füllt Sandbutten, prügelt sich und heult, ein abscheuliches, zerfetztes und schmutziges Kindervolk, das in der Sonne wimmelt wie Gewürm. Fräulein Saget war so dünn, daß sie immer Platz fand auf irgendeiner Bank. Sie hörte zu oder knüpfte ein Gespräch an mit einer Nachbarin, irgendeiner bleichen Arbeiterin, die irgendein Wäschestück ausbesserte. Taschentücher, zerrissene Strümpfe aus ihrem schlechten, durch Bindfaden zusammengehaltenen Handkörbchen zog. Sie hatte übrigens Bekannte unter diesen Leuten. Unter dem unerträglichen Geschrei des Kindervolks und dem unaufhörlichen Rollen der Wagen in der Dionysiusstraße erzählte man endlose Geschichten über die Gemüxkrämer, Bäcker, Metzger, eine Zeitung des Stadtviertels, vergällt durch die Kreditverweigerungen und den dumpfen Neid der Armen. Sie erfuhr unter diesen Unglücklichen hauptsächlich die nicht eingestehbaren Dinge, alles was aus den verdächtigen möblierten Zimmern, aus den dunklen Hausmeisterstuben kommt, die unsäglichen Lästerungen, mit denen sie, wie mit einem Gewürz, ihre Neugierde aufstachelte. Wenn sie ihr Anliß nach den Hallen wandte, hatte sie den Platz vor sich, mit seinen drei Häuserreihen, mit ihren Fenstern, durch die sie ihren Blick zu versenken suchte; es war, als erhebe sie sich auf den Fußzehen bis zu den Mansardenfenstern des Daches und gucke durch alle Stockwerke hindurch; sie musterte die Vorhänge und zeigte sich an einem Fenster ein Kopf, so schmiedete sie daraus sogleich ein ganzes Drama; schließlich kannte sie die Geschichte sämtlicher Einwohner dieser Häuser, sie las sie von der Außenseite ab. Das Restaurant Baratte interessierte sie ganz besonders mit seiner Weinstube, seinem vergoldeten Schutzdache, das eine Terrasse mit einigen Blumentöpfen bildete, mit seinen vier schmalen, bunt bemalten und verzierten Stockwerken; sie fand Gefallen an den von einer großen Muschel überragten gelben Säulen auf zartblauem Grunde, die die Eingangspforte zierten, an diesem ganzen Tempelportal aus Kartonpapier, das an die Stirnwand dieses baufälligen Hauses wie hingeschminkt war, das am Dache oben eine Galerie von bemaltem Zink hatte. Sie sah hinter den rotgestreiften Vorhängen die feinen Frühstücke und Abendessen, bei denen es so hoch herging. Und sie log sogar; hierher — sagte sie — kämen Florent und Gavard, um mit den beiden sauberen Töchtern der Frau Mehudin ihre Schmausereien zu halten, und belm Nachtisch geschähen ganz abscheuliche Dinge.

Indes weinte Pauline jetzt stärker, seitdem die Alte sie bei der Hand hielt. Diese lenkte ihre Schritte nach dem Ausgang des Platzes, doch schien sie sich plötzlich eines anderen zu besinnen. Sie setzte sich auf eine Bank und bemühte sich, die Kleine zu beschwichtigen.

Weine nicht, sagte sie, sonst fassen dich die Polizeisoldaten . . . Ich bringe dich nach Hause. Du kennst mich doch wohl, ich bin Tante Saget. Nun, laß mal sehen, ob du auch sachen kannst.

Allein die Tränen erstickten das Kind, und sie wollte fort. Da ließ Fräulein Saget sie ruhig schluchzen und wartete, bis sie fertig war. Die arme Kleine fröstelte, denn Röcke und Strümpfe waren ganz durchnäßt und da sie sich mit den Fäusten die Augen trocknete, hatte sie auch das Gesicht bis zu den Ohren voll Schmutz. Als sie endlich ein wenig ruhiger geworden, sagte die Alte in zutraulichem Tone:

Deine Mama ist nicht schlimm, nicht wahr? und sie liebt dich wahl sehr?

Ja, ja, erwiderte das Kind sehr beklommen.

Auch dein Papa ist nicht schlimm; er prügelt dich nicht und zankt nicht mit deiner Mama? Was reden sie denn, wenn sie des Abends zu Bett gehen?

Ich weiß nicht; in meinem Bettchen ist's so warm und ich schlafe bald.

Reden sie von deinem Vetter Florent?

Ich weiß nicht.

Fräulein Saget erhob sich mit strenger Miene und tat, als wolle sie weggehen.

Schau, du bist eine Lügnerin. Du weißt, man darf nicht lügen; wenn du lügst, laß ich dich da und Feinchen zwickt dich wieder in den Arm.

Feinchen, der vor der Bank stand, mengte sich jetzt ins Gespräch und sagte:

Lassen Sie sie, sie ist dumm und weiß nichts. Ich weiß, daß mein Freund Florent gestern abend sehr dumm dreingeschaut hat, als Mama ihm lachend sagte, daß er sie küssen dürfe, wenn es ihm Vergnügen macht.

Als Pauline sich bedroht sah, verlassen zu werden, begann sie von neuem zu weinen.

Schweig, schweig, du schlimmer Balg! sagte die Alte, das Kind stoßend. Ich bleibe schon da und kaufe dir ein Stück Gerstenzucker — Also, du liebst deinen Vetter Florent nicht?

Nein, Mama sagt, er sei nicht rechtschaffen.

Ach, du siehst wohl, daß deine Mama etwas gesagt hat.

Eines Abends, als ich mit meiner Katze in meinem Bettchen lag, sagte Mama zu Papa: „Dein Bruder ist nur aus dem Zuchthause entsprungen, um uns alle dahin zu bringen."

Fräulein Saget stieß einen leisen Schrei aus. Zitternd hatte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0005

Halberstädter Filmschau.

Capitol.

Conrad Veidt, Olga Tschechowa und Peter Voß spielen die Hauptrollen in dem Tonfilm „Die Nacht der Entscheidung". Damit ist eigentlich schon eine gewisse Garantie für die Qualität des Filmes gegeben. Die Handlung spielt in Rußland zu Beginn des Krieges. Ein Chemieprofessor rückt als Offizier ins Feld und gerät wegen Urlaubsüberschreitung mit dem General in einen Konflikt, der damit endet, daß der Offizier vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt wird. Da setzt sich seine Frau für seine Begnadigung ein; sie erreicht sie auch, aber mit Mitteln erkauft, die mit der Ehre eines Offiziers nicht in Einklang zu bringen sind. Da nimmt die dramatische Handlung noch eine besondere, romanhafte Wendung und führt die Frau und den General zusammen. Die ganze Sache wirkt wie ein sensationeller Roman. Natürlich zeigen die Hauptdarsteller recht gute Leistungen. Ueberhaupt ist die Aufmachung des Filmes gut. Das Beiprogramm bringt einen interessanten naturwissenschaftlichen Ufafilm und die aktuelle Fox-Wochenschau mit Bildern vom Kriegsschauplatz im Osten. Ein Zeichentrickfilm mit besonderen Effekten führt zum Mars und zeigt uns Tänze der Marsmenschen.

Kammer-Lichtspiele.

So ein bißchen vom Romantiker steckt noch in jedem von uns, und da ändert kein Alterwerden, keine Not und keine Arbeitslosigkeit etwas dran. Und bei dem Worte „Südsee" erwachen alle Knabenträume von Entdeckungen und Abenteuern wieder. Mitten hinein in dieses Milieu führt der Film „Tropennächte". Wenn man auch von den Südseeinseln schönere Bilder zu sehen gewohnt ist, so fährt uns doch die mit starker Spannung geladene Handlung mit diesem Mangel aus. Im Mittelpunkt der Geschichte steht Dita Parlo, die nicht nur schön ist, sondern auch eine Rolle hat, in der sie nach allen Richtungen hin ihre Darstellungskunst zeigen kann. Ihrem sympathischen Gegenspieler gönnt man es, daß er zum Schluß eine Braut gewinnt, mit der er die Einsamkeit seiner Insel leichter ertragen wird. Ein Trio besonderer Art leitet der typische Filmbösewicht Fritz Rasp. Das ist wirklich eine ganz ausgekochte Bande, denen es auf einen kleinen Meuchelmord mehr oder weniger nicht ankommt. Dazu kommen dann noch zwei ebenso dunkle Ehrenmänner, der Wirt und der Kapellmeister der Hafenkneipe, so daß sich alle Gattungen von Schurken in diesem Südseeparadies ein Stelldichein geben und es beinahe ein Wunder ist, daß es gelingt, alles zum Guten zu wenden.

---

* **Ueber den Postdienst zu Weihnachten** teilt das Postamt Halberstadt mit: Sonntag, 20. Dezember: Außergewöhnliche Paketzustellung um 8 Uhr, für die Geschäfte um 11 Uhr beginnend, Paketannahme und -ausgabe von 8—16 Uhr, Markenverkauf vormittags an den Schaltern 4, 7 und 8 des Hauptpostamts und an dem Schalter bei der Postamtszweigstelle am Bahnhof. Telegraphen- und Fernsprechverkehr, Briefkastenentleerungen und Postengang wie werktags. — Heiligabend: Schalterschluß um 16 Uhr. Geöffnet bleiben beim Hauptpostamt der Schalter 8 (Wertzeichenschalter) bis 18 Uhr u. der Schalter 4 (Telegrammannahme) bis 21 Uhr und bei der Zweigstelle am Bahnhof ein Schalter bis 18 Uhr für die Annahme von Telegrammen und Gesprächsanmeldungen und für den Wertzeichenverkauf. Einschreibbriefe und Pakete werden nach 18 Uhr gegen besondere Einlieferungsgebühr angenommen. Zwei Briefzustellungen um 7,30 und 14 Uhr. Die Bürostellen sind ab 14 Uhr geschlossen. — 1. Festtag: Brief- und Paketzustellung in der Stadt und in den Landorten um 8 Uhr. Keine Zustellung von Geldsendungen. Paketausgabe von 8 bis 12 Uhr. Sonst allgemein Dienst wie an Sonntagen. — 2. Festtag: Allgemein Sonntagsdienst. Keine Zustellung, nur Eilzustellung.

* **Viel Lärm um nichts.** In Osterwieck war es bei einem öffentlichen Tanzvergnügen zwischen einem Najijüngling, der sich provozierend benahm, und einigen jungen Arbeitern zu leichten Anrempeleien gekommen. Durch Uebertreibungen einiger Zeugen und Namensverwechslungen wurde aus dieser Bagatelle eine große Staatsaktion gemacht. Drei Angeklagte und ein großes Zeugenaufgebot mußten nun vor dem Halberstädter Schöffengericht erscheinen. Aber von der ganzen Sache blieb in der umfangreichen Beweisaufnahme nichts übrig als bei dem einen Angeklagten eine leichte Körperverletzung in 2 Fällen, die eigentlich, wie das Gericht selbst hervorhob, im Privatklageverfahren hätte erledigt werden müssen und mit einer Geldstrafe von 40 Mark gesühnt wurde. Die übrigen beiden Angeklagten wurden freigesprochen.

Der Schutz des inneren Friedens.

Durchführungsbestimmungen des Preußischen Innenministers zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931.

Der Preußische Minister des Innern hat jetzt zu dem von der Reichsregierung bis zum 3. Januar verfügten Weihnachtsfrieden Ausführungsbestimmungen erlassen, denen wir über das folgendes entnehmen:

Verbot öffentlicher Versammlungen

Für die Beurteilung der Frage, ob eine Versammlung als öffentliche Veranstaltung anzusehen ist, kommt es maßgeblich darauf an, welchem Personenkreis die Teilnahme gestattet ist. Oeffentlich ist grundsätzlich jede Versammlung, zu der der Zutritt sich nicht auf vorher namentlich oder sonst individuell bezeichnete Personen beschränkt, sondern, sei es auch unter Erfüllung gewisser Bedingungen, jedem gestattet ist, gleichgültig, ob die Aufforderung zur Teilnahme von vornherein eine allgemeine ist oder ob die ursprüngliche Beschränkung auf bestimmte Personen bei Abhaltung der Versammlung tatsächlich aufgegeben wird. Auf die Bezeichnung der Versammlung in der Einladung als öffentliche oder als nichtöffentliche kommt es nicht an.

Vereinsversammlungen sind nicht ohne weiteres nichtöffentliche Versammlungen; sie können vielmehr auch öffentliche Versammlungen sein. Jedenfalls steht es der Oeffentlichkeit einer Vereinsversammlung nicht entgegen, daß sie als Mitgliederversammlung einberufen und auch ausschließlich auf Vereinsmitglieder beschränkt wird, vielmehr sind Versammlungen der Mitglieder eines Vereins, die nach einen in sich abgeschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis innerlich unter sich verbundenen Personen bildet, z. B. wenn der sofortige Beitritt zum Verein praktisch für jedermann möglich ist, als öffentliche Veranstaltungen anzusehen. Die innerliche Verbundenheit von Vereinsmitgliedern wird in der Regel auch dann fehlen, wenn es sich nicht um das Zusammentommen von Mitgliedern einer Ortsgruppe und dergl. handelt, sondern um eine Veranstaltung, zu der sich alle gerade am Orte befindlichen Mitglieder einer großen Partei oder Vereinigung einfinden können.

Die Einführung von Gästen nimmt einer nichtöffentlichen Versammlung diesen Charakter nur dann nicht, wenn persönliche oder sachliche Beziehungen der Mitglieder zu den Gästen bestehen, jeder Gast von dem Verein oder einem Vereinsmitglied persönlich eingeladen oder eingeführt wird und die Zahl der Gäste zu der Zahl der eigentlichen Vereinsmitglieder in einem angemessenen Verhältnis steht. Nach dem gleichen Grundsatze ist die Teilnahme von Angehörigen der Vereinsmitglieder zu beurteilen.

Oeffentliche Versammlungen politischer Verbindungen oder Vereinigungen sind stets unter das Verbot fallende politische Versammlungen, auch wenn sie nicht zu politischen Zwecken veranstaltet werden.

Ueber das Uniformverbot

heißt es in dem Erlaß:

Während nach § 8 der Ersten Notverordnung für politische Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen durch die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmten Stellen verboten werden konnte, spricht § 1 aaD. das allgemeine Verbot von Reichs wegen selbst unmittelbar aus, ohne daß es etwa noch ergänzender landesrechtlicher Bestimmungen bedarf.

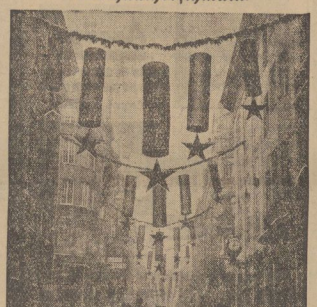
Das Verbot richtet sich an jedermann, schließt also Zweifel aus, wie sie bei der Rechtsprechung über Verstöße gegen Verbote nach § 8 der Ersten Notverordnung aufgetaucht sind, ob nämlich nur Mitglieder politischer Vereinigungen getroffen werden sollen.

Das Verbot bezieht sich sowohl auf Abzeichen aller Art, also auch auf die üblichen kleinen Ansteckadeln, als auch auf jede einheitliche Kleidung, wenn die Abzeichen oder die einheitliche Kleidung die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen.

Das Verbot bezieht sich auf jede Art des Tragens bei allen Gelegenheiten und an allen Orten mit Ausnahme der eigenen Wohnung, beschränkt sich also nicht etwa nur auf das öffentlich wahrnehmbare Tragen der Abzeichen oder der einheitlichen Kleidung; es gilt z. B. auch für das Tragen in nichtöffentlichen Versammlungen und in Partei- oder Vereinsräumen.

Zur Vermeidung von Zweifeln weist der Minister ausdrücklich darauf hin, daß **das Verbot nicht für das Tragen der Reichs- oder Landesfarben gilt**, sofern nicht dadurch die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung gekennzeichnet werden soll.

Stockholms Geschäftsstraßen im Weihnachtsschmuck.



Die Bewohner von Stockholm, die in diesen Tagen die Geschenke zum Julabend (Weihnachtsfest) einkaufen, bewegen sich durch buntgeschmückte Straßen. Die Geschäftsleute spannen dort alljährlich zur Weihnachtszeit bunte Guirlanden und Lampions über die Straßenbreite.

* **Um ein falsches 50 Pfennigstück.** Auf der Station Mehringen hatte ein Mann ein falsches 50-Pfennigstück eingezahlt. Der Beamte hatte das Geldstück sofort als falsch erkannt und festgehalten, nachdem er sich die Personalien des Mannes geben lassen hatte. Nunmehr hätte das Geldstück von der Reichsbahn eingezogen und vernichtet werden müssen. Dazu hätte aber der Beamte seine Zustimmung geben müssen, da er der letzte Besitzer des Geldes war. Das hat er jedoch nicht getan, wahrscheinlich aus irgend einem Mißverständnis heraus. So kam es, daß sich das Halberstädter Schöffengericht damit beschäftigen mußte. In diesem Verfahren kam es nicht darauf an, einen Angeklagten zu bestrafen, sondern nur darauf, das Falschgeld dem Verkehr zu entziehen. Nachdem aber der Reichsbahnbeamte belehrt war, gab er seine Zustimmung zur Einziehung des Geldes, so daß das Verfahren eingestellt werden konnte. So hat das falsche 50-Pfennigstück dem Staate noch eine Menge Kosten verursacht.

* **Der unschuldige Polizeihauptwachtmeister.** Der Bürgermeister Unger aus Cochstedt war bekanntlich, wie wir berichteten, vor kurzem zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt worden. Jetzt hatte sich einer der Hauptbelastungszeugen in diesem Prozeß, ein Polizeibeamter, wegen Beihilfe zur Amtsunterschlagung vor dem Halberstädter Schöffengericht zu verantworten. Es handelt sich um den Schnaps, der bei einem Kaufmann beschlagnahmt und in die Wohnung des Beamten gebracht war. Bei einer kleinen Familienfeier soll der Schnaps, angeblich auf Anordnung des Bürgermeisters, getrunken sein. Seine Angabe, weil der Bürgermeister es angeordnet habe, hätte er gehorchen müssen, ist nur als Ausrede zu bewerten. Trotzdem glaubte das Gericht, während der Staatsanwalt 125 Mark Geldstrafe beantragte, aus formalrechtlichen Gründen auf Freispruch erkennen zu müssen.

---

sie sich erhoben. Ein helles Licht war ihr plötzlich aufgegangen. Sie faßte Pauline wieder bei der Hand und führte sie nach dem Wurfladen zurück, ohne zu sprechen, die Lippen schadenfroh gekräuselt, die Blicke von einer grausamen Freude gespitzt. Feinchen, der hinter ihnen einherschlüpfte und seine Freude daran hatte, die Kleine mit ihren beschmutzten Strümpfen laufen zu sehen, verschwand vorsichtigerweise an der Ecke der Pirouette-Straße. Lisa befand sich in tödlicher Angst; als sie ihre Tochter in ihrem greulichen Zustande erblickte, ward sie dermaßen ergriffen, daß sie die Kleine nach allen Seiten drehte, ohne daran zu denken, sie zu züchtigen. Da sagte die Alte mit ihrer boshaften Stimme:

Feinchen hat's getan . . . Ich bringe sie Ihnen nach Hause, Sie begreifen . . . Ich habe sie beisammen unter einem Baume des Platzes gefunden. Ich weiß nicht, was sie da taten . . . Ich an Ihrer Stelle würde das Kind untersuchen. Dieser Schlingel ist zu allem fähig.

Lisa fand kein Wort zu sagen. Sie wußte nicht, wo sie ihre Tochter anfassen sollte, so sehr ward sie angeekelt durch ihre schmutzigen Schuhe, beschmutzten Strümpfe, zerrissenen Röcke, geschwärzten Hände und Backen. Der blaue Samt, die Ohrgehänge, das Kreuzchen verschwanden schier unter einer Schmutzlage. Doch was sie am meisten erbitterte, das waren die mit Erde gefüllten Taschen der Schürze. Sie neigte sich herab und leerte diese Taschen ohne Rücksicht auf die weißen und roten Steinplatten des Fußbodnes. Dann schleppte sie Pauline hinweg, indem sie wütend rief:

Komm, Schmutzfink!

Fräulein Saget, die unter ihrem breiten schwarzen Hute von dieser Szene sehr erheitert war, ging mit lebhaften Schritten durch die Rambuteau-Straße. Ihre kleinen Füße berührten kaum das Pflaster, ein Gefühl der Freude führte sie wie auf schnellen Fittichen dahin. Endlich wußte sie! Seit mehr denn einem Jahre brannte sie vor Neugierde; jetzt hatte sie mit einem Schlage diesen Florent ganz in ihrer Gewalt. Es war eine unverhoffte Befriedigung, die sie gleichsam von irgendeiner Krankheit heilte; denn sie fühlte wohl, daß sie nach und nach zugrunde gegangen wäre, wenn dieser Mann noch länger gezögert hätte, ihre glühende Neugierde zu befriedigen. Jetzt gehörte das Halleneiertel völlig ihr; es gab keine Lücke mehr in ihrem Kopfe; sie hätte jede Straße, Laden für Laden, schildern können. Sie stieß Seufzer der Erleichterung aus, während sie den Obstpavillon betrat.

He, Fräulein Saget, was sind sie denn so aufgeräumt? rief ihr die Sarriette von ihrem Verkaufsstande zu. Haben Sie etwa das große Los gewonnen?

Nein, nein . . . Ach, Kleine, wenn Sie wüßten! . . .

Die Sarriette war reizend inmitten ihrer Früchte, mit ihren Armen und Nacken, was sie als kokettes, schönes Mädchen sich gestattete. Ihr lockiges Haar fiel gleich Weinranken ihr auf die Stirne herab. Ihre nackten Arme, ihr nackter Hals, alles, was sie Nacktes und Rosiges zeigte, hatte eine Frische von Pfirsichen und Kirschen. In ihrem Uebermute hatte sie sich Süßkirschen um die Ohren gehängt, schwarze Süßkirschen, die auf ihren Wangen hüpften, wenn sie sich laut lachend herabneigte. Sie war so lustig weil sie Johannisbeeren aß, so viel und so hastig, daß sie damit beschmiert war bis zum Kinn und bis zur Nase; der Mund war ganz rot und frisch von dem Safte der Johannisbeeren wie mit einer grellen Schminke bemalt und parfümiert. Ein Pflaumengeruch stieg von ihren Röcken auf. Ihr lose befestigtes Busentuch roch nach Erdbeeren.

In dem engen Stande, rings um sie her, lagen die Früchte zuhauf. Hinter ihr, auf den Breitergestellen, lagen ganze Reihen von Melonen, Beulenmelonen voll Warzen, Gartenmelonen mit grauer Rinde, rotrindige mit glatten Höckern. Das schöne Obst, in den Körben zierlich geordnet, zeigte Rundungen, gleich Wangen, die sich verbergen, hübsche Kindergesichter, die man hinter einem Vorhang von Blättern nur zur Hälfte sah; besonders die roten Montreuilpfirsiche hatten eine feine, helle Haut wie die Töchter des Nordens; die Pfirsiche aus dem Süden hingegen waren gelb und braun, hatten die warme dunkle Farbe der Töchter der Provence. Die Aprikosen nahmen — auf Moos ausgelegt, den Ton des Ambra an, jene Glut der untergehenden Sonne, die den Nacken erwärmt, da wo die Härchen sich kräseln. Die Kirschen, eng aneinander gereiht, glichen den allzu schmalen Lippen von lächelnden Chinesinnen; die Montmorencykirschen waren die wulstigen Lippen einer dicken Frau, die englischen Kirschen länglich und dunkler, die Süßkirschen hatten gewöhnliches, schwarzes, von Küssen platt gedrücktes Fleisch; die rot und weiß gefleckten Herzkirschen lachten einem einladend zu. Die Aepfel und Birnen lagen in regelmäßig aufgebauten Pyramiden da, zeigten die Röte junger Busen, goldschimmernde Schultern und Hüften, eine ganze verschämte Nacktheit in ihrer Umgebung von Farnkraut; sie waren von sehr verschiedener Haut, die schön gewölbten Franzäpfel, die dicken, saueren Ramburgäpfel; die Kalvilläpfel in weißer Schale, die blutroten Kanadaäpfel, die rotgefleckten Kastanienäpfel, die blonden, rotgeküßten Reinetten; dann die verschiedenen Gattungen von Birnen, die Zuckerbirnen, die Engländer, die Butterbirnen, die Ducheßbirnen, kurze, lange, mit Schwanenhälsen und kurzen Schultern, mit gelben und grünen Bäuchen gehoben durch einen rötlichen Schimmer. Daneben zeigten durchsichtige Pflaumen die Blässe von blutarmen Jungfrauen, die Reineclauden, die Prinzenpflaumen, gebleicht von dem Hauch, der sie überzog; die Mirabellen glichen den Goldperlen eines Rosenkranzes, die man mit Baumllenstäbchen in einer Büchse vergessen hat. Auch die Erdbeeren hauchten einen frischen Duft, einen Duft der Jugend aus, besonders die kleinen, die im Walde gepflückt werden, noch mehr als die großen Gartenerdbeeren, die nach der Gießkanne riechen. Die Himbeeren mengten in diesen zarten Duft ihren schärferen Geruch. Die roten und schwarzen Johannisbeeren, die Haselnüsse brachten eine heitere Abwechslung in die Menge, während die Weinbeeren in schweren, saftigen Trauben in den Körben lagen, von der heißen Sonne mit rötlichen Flecken gesprenkelt.

Die Sarriette lebte da wie in einem Obstgarten, in einem ewigen Rausch von Gerüchen. Die wohlfeilseren Früchte, die Kirschen, Pflaumen, Erdbeeren, in flachen Körben vor ihr aufgehäuft, mit Papier zugedeckt, zerdrückten sich allmählich und beschmutzten die Bretter mit einem stark riechenden Safte, der in der Hitze dampfte. Sie fühlte ihren Kopf schwindeln an heißen Julinachmittagen, wenn die Melonen sie mit einem mächtigen Muskatellerdampfe umgaben. Berauscht wie sie war, ließ sie noch mehr Fleisch sehen unter ihrem Busentuche, kaum noch reif, jung wie der Lenz, sie war dann eine Versuchung für den Mund u. erweckte eine heiße Beutegier. Sie verlieh mit ihren Armen und ihren Nacken diesen Früchten das verliebte Leben, die samtweiche Wärme. Neben ihr hatte eine alte, abscheuliche Säuferin nichts als runzelige Aepfel feil und Birnen, die so schlapp waren wie leere Busen, und faule Aprikosen, gelb und welk wie eine Hexe. Unter den Händen der Sarriette hingegen wurde die Auslage zu einer einzigen großen, wollüstigen Nacktheit. Es war, als habe sie die Kirschen, Stück für Stück, mit ihren Lippen hierhergelegt, wie ebensoviele rote Küsse; die seidengleichen Pfirsiche schienen aus ihrem Mieder gefallen zu sein; den Pflaumen lieh sie ihre zarteste Haut, die Haut der Schläfen, des Kinns, der Mundwinkel; ein weniges von ihrem roten Blute floß in den Adern der Johannisbeeren. Ihre Glut eines schönen, jungen Mädchens versetzte diese Früchte des Bodens in Brunst, deren Gekose hier auf einem weichen Moosbette in den kleinen Körben sich vollzog. Neben dem warmen Geruch des Lebens, der von ihren Körben und von ihren Röcken aufstieg, war der Duft der Blumenallee, die hinter ihrem Stande sich hinzog, ein widerwärtiger.

Die Sarriette war an jenem Tage durch das Eintreffen einer großen Ladung von Mirabellen in Anspruch genommen. Sie merkte jedoch, daß Fräulein Saget eine große Neuigkeit zu melden hatte und wollte sie zum Plaudern bringen. Doch die Alte trippelte ungeduldig hin und sagte: (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0006

Unsere Hände im Winter.

Die Haut unserer Hände ist der Winterkälte in besonderem Maße ausgesetzt und erfährt dadurch oft nicht unerhebliche Schädigungen. In der Kälte ziehen sich die Blutgefäße zunächst zusammen, und die Haut wird kalt. Nach kurzer Zeit tritt indessen eine Erweiterung der Blutgefäße ein, die Wärme erzeugt, aber die Schweißabsonderung hört auf oder ist auf ein ganz geringes Maß herabgesetzt. Im kalten Wind verdampft dieser Schweiß umso schneller, und die Haut wird trocken. Sie verliert dadurch ihre Geschmeidigkeit und reißt bei Bewegungen leicht ein. Dieser Vorgang wird noch beschleunigt, wenn man mit feuchten, nicht genügend abgetrockneten Händen ins Freie geht. So entsteht das, was man „aufgesprungene Hände" nennt. Abgesehen davon, daß sie schmerzen und schlecht aussehen, besteht die Gefahr, daß durch Verunreinigungen auch Eiterungen mit auf ihren, unter Umständen recht bösen Folgen entstehen.

Wie kann man sich dagegen schützen?

Aehnlich wie unser Körper selbst verlangt auch die Haut eine gewisse pflegliche Behandlung und Abhärtung. Die Widerstandsfähigkeit der Haut wird nicht durch die übliche Verweichlichung erzielt. Im Winter die Hände nur in warmem Wasser zu waschen, ist falsch. Man nehme vielmehr kaltes, höchstens stubenwarmes Wasser zum Händewaschen, aber man sorge dafür, daß die Hand ordentlich abgetrocknet wird. Dazu eignet sich am besten ein Handtuch aus grobem Leinen, aus Flanell oder ein sogenanntes Frottierhandtuch. Selbstverständlich muß das zum Abtrocknen benutzte Handtuch selbst stets trocken sein. Wenn irgend möglich vermeide man kurz nach dem Händewaschen auf die Straße zu gehen. Gegebenenfalls betupfe man die Haut nach dem Waschen mit etwas Kartoffelmehl, Puder oder dergl., das nach wenigen Minuten wieder mit trockenem Tuch abgewischt wird. Wer besonders empfindliche Hände hat, setze dem Waschwasser ein bis drei Eßlöffel Glyzerin zu und benutze laumarmes Wasser. Reines Glyzerin ist schädlich.

Sehr wichtig ist es fernerhin, daß im Freien bequeme, am besten wollene Handschuhe getragen werden. Lederhandschuhe sind im Winter weniger zu empfehlen, weil sie die Hautatmung erschweren. Wer zu enge, den Blutumlauf behindernde Handschuhe trägt, der darf sich über das Auftreten von Erfrierungen und Frostbeulen nicht wundern.

Aus Quedlinburg

qh. **Die Arbeitslosigkeit im Quedlinburger Bezirk.** Am 30. November verzeichnete das Arbeitsamt Quedlinburg 5852 Arbeitsuchende. An Hauptunterstützungsempfängern waren vorhanden:

S. P. D. Quedlinburg.

Morgen Freitag, den 18. Dezember:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus.

Referent: Genosse Crummenerl.

Thema: **Die Entscheidung der Reichstags-Fraktion.**

in der Arbeitslosenversicherung 927 Personen (davon 245 weibliche, 162 jugendliche und 206 „berufsfremde" Arbeitslose, d. h. 11,9 je Tausend), in der Krisenfürsorge 1093 Personen (davon 49 weibliche). Auf die Stadt Quedlinburg entfallen hiervon 439 bzw. 471 Personen.

qh. **Billiges Fleisch für die Bedürftigen.** Auch in Quedlinburg wird jetzt für die Bedürftigen verbilligtes Fleisch ausgegeben. Die Bezugsberechtigten erhalten am Freitag nachmittag im Städtischen Wohlfahrtsamt Karten, die sie beim Einkauf des verbilligten Fleisches vorlegen müssen. Die Einlösung der Marken erfolgt nur bei den Fleischereien, die als Verkaufsstelle für verbilligtes Fleisch kenntlich gemacht sind.

qh. **In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung** wird u. a. auch über einen sozialdemokratischen Antrag verhandelt, der als Dringlichkeitsantrag eingebracht ist. Der Antrag lautet: „Den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern sowie den übrigen hilfsbedürftigen Einwohnern der Stadt ist zu Weihnachten neben der Unterstützung ein Betrag in Höhe der Wochenunterstützung zu zahlen."

qh. **Versicherungsbeiträge nicht abgeführt.** Eine Quedlinburger Schneidermeisterin hat für ein volles Jahr die Beiträge für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung nicht abgeführt. In Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage billigte das Gericht mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu einer Geldstrafe von je 15 RM., im Nichtbeitreibungsfalle 6 Tage Gefängnis.

Aus Thale

sd. **Die Versammlung des Mieterschutzvereins** im Hotel „Ritter Bodo" war gut besucht. Der Vorsitzende erstattete den Bericht vom Bezirkstag in Burg. Auch wurde vom Vorsitzenden die neue Notverordnung behandelt und die wichtigsten Neuerungen für die Mieter ausführlich erörtert. Der Reichsbund fordert ein soziales und gerechtes Miet- und Wohnrecht. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen.

Kreis Quedlinburg

Hedersleben, 16. Dezember. Am Sonntag, dem 20. Dezember, 20 Uhr, findet im Domineschen Saale die Weihnachtsfeier und Bescherung der Parteimitglieder und deren Kinder statt. Der Abend wird umrahmt von Theateraufführungen und Kinderreigen. Die Frauengruppe, welche den Abend veranstaltet, bittet alle Genossinnen und Genossen, sowie alle Freunde der Arbeiterbewegung, da der Eintritt frei ist, den Abend durch ihr Erscheinen mit zu verschönern. — Es sind noch etliche Lose der Arbeiter-Wohlfahrt im Konsum und beim Gen. Bornkessel zu haben.

Nachterstedt, 16. Dezember. Vor einigen Tagen war ein Lastauto aus Mieste in der Altmark in Nachterstedt, um Grubenkoks zu holen. Dieses Kraftfahrzeug ist ein Probewagen, welcher einzig dasteht. Unter dem Vordermagen ist eine Koksgrube angebracht. Die sich in der Grube entwickelnden Gase werden durch ein Rohr dem Vergaser zugeführt. Auf einem am Wagen angebrachtes Schild ist folgendes zu lesen: „Dieses Lastwagen wird durch deutschen Grubenkoks, bei 85 Prozent Betriebsstoff-Ersparnis, gefahren."

Ditfurt, 17. Dezember. Der Arbeitergesangverein „Liederkranz" hat beschlossen, am ersten Weihnachtsfeiertage im Gasthofe „Zur Schänke" sein zweites Wintervergnügen, verbunden mit Kinderbescherung, Gesang, Konzert, Theater und Ball abzuhalten. Zur Aufführung gelangt „Um der Ehre willen" oder „Das letzte Gericht", ein Drama in 3 Akten. Um die Kinderbescherung wirkungsvoll durchzuführen, bittet der Vorstand, Anmeldungen dazu bestimmt bis zum 20. Dezember vorzunehmen. Die Anmeldungen sind an die Sangesbrüder Wilhelm Weddeler, Hermann Grünwald, Willi Johr und Wilhelm Rühle zu richten. Das Los kostet 50 Pfg.

Die Winterhilfe in Thale.

Zu der vom Ersten Bürgermeister August auf Montag, dem 14. Dezember 1931, nach dem Stadtverordnetensitzungssaale des Rathauses einberufenen Besprechung über die Aufstellung von Richtlinien bei Durchführung von Veranstaltungen zum Besten der Winterhilfe 1931 Thale waren Vertreter hiesiger Gesang-, Turn-, Sport- und Theatervereine sowie die Mitglieder des Winterhilfeausschusses zahlreich erschienen. Nach einleitenden Worten der Begrüßung führte Erster Bürgermeister August aus: Zum Besten der Winterhilfe sollen im Laufe des Winters nur 5—6 Veranstaltungen mit Spitzenleistungen der Vereine unter der Regie des Ausschusses aufgezogen werden. Erwähnenswert ist die tatkräftige Unterstützung durch die Zeitungen, die allen Vereinen für die erforderlichen Bekanntmachungen 50 Prozent Rabatt gewährten. Eine Unterstützung durch den Magistrat erfolgt insofern, als Veranstaltungen für die Winterhilfe lustbarkeitssteuerfrei sind. Bei der Aufstellung unseres Planes, die Winterhilfe durchzuführen, legten wir vor allen Dingen Wert darauf, Gemeinschaftsküchen einzurichten, weil in erster Linie der Hunger gestillt werden muß. Alle Bedürftigen sollen mit Bekleidungsstücken ausgerüstet werden, die sie notwendig gebrauchen, zumal unter den 1200 Unterstützungsberechtigten unserer Stadt sich eine große Anzahl von Personen befindet, die 2 Jahre und länger erwerbslos sind. Die Not unseres Vaterlandes und damit die Not der Kreise und Gemeinden hat leider dazu geführt, daß die gewährten Unterstützungssätze bis auf ein Minimum herabgesetzt werden mußten. Man kann es heute ruhig aussprechen, daß die gewährten Beiträge gerade noch ausreichen, um den notwendigsten Lebensunterhalt davon zu bestreiten. Sie reichen aber nicht aus, Mieten zu zahlen oder Bekleidungsstücke anzuschaffen.

In der Gemeinschaftsküche werden jetzt 220 Portionen Mittagessen ausgegeben. Wir erheben dafür 10 Rpfg. Unkostenbeitrag. Es liegen z. Zt. 80 Neuanmeldungen zum Essen vor, so daß sich der Ausschuß schlüssig werden muß, in der kathol. Schule noch einen weiteren Kessel einzubauen. — Die Sammlung von Bekleidungsstücken ist durchgeführt. Dieselben sind einwandfrei hergestellt und werden ab Mittwoch, dem 16. Dezember 1931, verteilt. — Ein Antrag des Erwerbslosenausschusses wünscht für jeden ausgesteuerten Erwerbslosen, der verheiratet ist, 15 RM., für ledige Erwerbslose 10 RM. als Weihnachtsbeihilfe. Bei der außerordentlich schlechten Finanzlage der Stadt ist es ausgeschlossen, diesem Antrage stattgeben zu können. Ich hoffe aber, daß der Ausschuß sich in einer anschließenden Besprechung darüber einig wird, wenigstens etwas zu tun aus Mitteln der Winterhilfe. Was wir erreichen wollen, ist, daß alle Kreise, die heute noch ein sogenanntes höheres Einkommen haben, laufend unsere Winterhilfe unterstützen. Es gehen jetzt Schreiben an die in Frage kommenden Personen heraus mit der Bitte, uns wenigstens den Winter über einen festen Betrag zukommen zu lassen, damit wir das Liebeswerk zum Segen unserer armen Bevölkerung durchführen können.

Die darauf folgende Aussprache ergab, daß ein großer Teil von Vertretern der Vereine sich zur Teilnahme an gemeinsamen Veranstaltungen im beregten Sinne einverstanden erklärte. Ortsjugendpfleger Reckleben wird die einzelnen Vereine noch einmal zu einer gemeinsamen Besprechung einladen.

Hierauf schlossen sich längere Ausführungen des Ortsjugendpflegers Reckleben über die seelische Notlage der Erwerbslosen und deren Behebung an. Er zeigte den Werdegang eines Menschen von der Arbeitsstätte bis zur Arbeitslosigkeit. Den Menschen, wie er sich noch in Arbeit befindet, wie er Lohn und Brot hat und sich in Gemeinschaft der Schaffenden fühlt, wo er weiß er sei eins der kleinen Triebräder im Arbeitsprozeß. Bis die Arbeitslosigkeit auch ihn plötzlich trifft und er nun tatenlos die Hände in den Schoß legen muß. Es fehle diesen Menschen die Ablenkung und die seelische Not setzt ein. Die Stimmung dieser Menschen werde gereizt. Neid und Mißgunst gesellen sich hinzu. Sie denken nach, wie sie ihre Lage vielleicht verbessern können und lassen sich nur zu leicht überwältigen von Strömungen, die genährt werden von Leuten, die ein gewisses Interesse an dieser Notlage hätten. Verneint werde nun alles, die Wirtschaftsordnung, die Rechtsordnung, die Gesellschaftsordnung und letzten Endes auch die Staatsordnung. Hinzu kommen noch die Gefahren, die den Arbeitslosen auf der Straße in so vielerlei Gestalt umlauern.

Eine restlose Behebung der seelischen Notlage wäre nur möglich durch eine Arbeitsbeschaffung als Folge einer Wirtschaftsgesundung. Bis dahin dürften jedoch die Versuche zur Linderung der Not nicht aufhören. Gedacht werden könnte an ein gemeinsames Rundfunkhören, Theatervorstellungen (Laienspiele), Musikveranstaltungen, allgemein verständliche Vorträge unterhaltender und belehrender Art. Kurse im Rahmen einer Volkshochschule, Freizeiten für Jugendliche in Heimen, Einrichtung von Bastelstunden usw. Es müßten nach Möglichkeit feste Termine in periodischer Folge festgelegt werden. Der Vortrag wurde mit großem Interesse entgegengenommen; weitere Beschlüsse sollen demnächst gefaßt werden.

Schließlich wurde ein einmütiger Beschluß dahingehend gefaßt, dem Antrage des Erwerbslosenausschusses insofern stattzugeben, als sämtliche Bedürftige der Stadt (auch Sozial- und Kleinrentner, ledige Erwerbslose, die nach den Fürsorgesätzen eine Unterstützung nicht erhalten, eine besondere Weihnachtsgabe und zwar: Verheiratete 3.00 RM., Ledige 1.50 RM. erhalten sollen.

Aus Oschersleben

o. **Die Sitzung des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften** hatte einen außerordentlichen starken Besuch aufzuweisen. Kollege Willi Renjsch gab einen ausführlichen Bericht von der Bezirkssitzung des ADGB. vom 31. Oktober und 1. November in Halle a. Saale. Kollege Wolf berichtete über die Unterbezirkskonferenz in Halberstadt, welche am 6. November stattgefunden hat. Es ist erfreulich zu melden, daß die Mitgliederbewegung durch die Verhältnisse nicht gesunken, sondern daß sie noch stärker geworden ist. Besonders wurde über die Mängel beim Arbeitsamt „Nordharz" geklagt. Kollege Dörfer-Halberstadt wird in einer der nächsten Sitzungen bei uns einen Vortrag halten über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Für das ausgeschiedene Verwaltungsausschußmitglied beim Arbeitsamt „Nordharz", Koll. Otto Bock, wurde Kollege Willi Renjsch gewählt. — Ausgiebig behandelte Kollege Wegner die Auswirkungen der Notverordnungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Besonders auf dem Gebiete der Leistungen sind einschneidende Bestimmungen erlassen. Ab 1. Jan. 1932 dürfen nur Regelleistungen gewährt werden. Ausgenommen sind hiervon die Kassen, die 5 Prozent Beiträge und noch weniger Prozente erheben. Kollege Wiegand behandelte die Betriebskrankenkassen. Jeder freigewerkschaftliche Kollege muß seine Aufgabe darin sehen, daß es nur ein Krankensystem geben kann. Es muß hier die Parole lauten: „Einer für alle und alle für einen." Kollege Hitschka macht Ausführungen über „Die Verschlechterungen bei der Landkrankenkasse". Die Fragebogen, welche vom Kartell herausgegeben werden, sind bis zum 15. Januar 1932 beim Büro Schützenstraße 15, abzugeben. Genosse Fritz Bauermeister machte ernste Ausführungen zur Erhaltung der Abwehrfront. Die Gewerkschaften müssen aktiv werden. Genosse Wegner bittet, daß beim Arbeitsamt hingewiesen wird, daß die Anträge schneller bearbeitet werden. Die Stadt kann die Vorschüsse nicht mehr leisten in dem Maße, wie bisher.

Wen bevorzugen wir in Quedlinburg?

Wichtig für sparsame Brautleute
Herrliche Schlafzimmer mit groß. dreit. Spiegelschrank **325 Mk.**
Hochmodern. Schlafzimmer echt eich., gr. Spiegelschrank 180 breit, vollst. komplett **425 Mk.**
Sehr apartes mod. Speisezimmer, Büffet, 180 breit, mit herrlichem Vitrinenaufsatz kompl. **385 Mk.**
Küche 100 und 150 Mk.
— 10 Jahre Garantie —
M. Jentzsch. Quedlinburg
Stumpfsburgerstr. 4
Freie Lieferung
Abholung im Auto.

Sämtliche **Drucksachen** für Vereine
● schnell
● gut
● billig
Druckerei
Halberstädter Tageblatt

Kreis-Sparkasse zu Quedlinburg

Provisionsfreier Scheckverkehr . Annahme von Spargeldern . Kontokorrent- und Ueberweisungs-Verkehr . An- und Verkauf, sowie Verwaltung von Wertpapieren . Heimsparbüchsen . Sparmarken . Abschlüsse v. Bausparverträgen

Georg Streubel
Architekt W. D. A.
Am heiligen Brunnen 5
Bauprojekte .. Bauberatung
Bauleitung, Kostenvoranschläge
Statische Berechnungen .....
Gelände- und Grundstücks-Schätzungen

Otto Helwing
geprüfter Orthopädie-Mechaniker und Bandagistenmeister
Heiligegeiststraße 28
Fernsprecher 506
★
Bandagen
Kunstglieder
Orthopäd. Apparate
Krankenpfl. - Artikel

Quedlinburger Baugesellschaft m. b. H.
Hardenbergstraße 2
★
Ausführung sämtl. Maurer- und Zimmerer-Arbeiten
Spezialität: Treppenbau

Pflicht unserer Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder sowie Siedlungsgenossenschaften pp. ist es, die vorstehenden Firmen in allererster Linie zu berücksichtigen und ihrem Bekanntenkreise nachdrücklichst zu empfehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0007

Schiffe in Not.

Wie Schiffbrüchige gerettet werden.

Im Kanal und in der Nordsee wüten zurzeit, wie stets im Dezember, heftige Stürme.

Die Meldungen über Stürme an der Küste, die Gefahr, in der sich die Fischdampfer auf See befinden, lassen die Frage akut werden, wie es möglich ist, den gefährdeten Menschen auf See zu Hilfe zu kommen, die Schiffe zu retten. An der Nord- und Ostseeküste innerhalb des deutschen Grenzgebietes befinden sich etwa 114 Stationen zur Rettung Schiffbrüchiger. Diese Stationen stehen bei Sturmwettermeldungen unter ständiger Alarmbereitschaft. Sobald die SOS-Rufe gefährdeter Schiffe erklingen, gehen die Mannschaften in die Boote, um Hilfe zu bringen, soweit das noch möglich ist. Natürlich handelt es sich bei diesen Rettungsstationen nur um Rettungsmöglichkeiten für Schiffe, die in der Nähe der betreffenden Küste gefährdet sind. Seit den wenigen Jahrzehnten, in denen diese Rettungsstationen an der deutschen Küste bestehen, sind über 5000 Seeleute vor dem Ertrinken bewahrt worden. Trotzdem reichen diese Küstenstationen zur Rettung Schiffbrüchiger bei weitem noch nicht aus, um sämtliche Opfer zu bergen, die alljährlich die gestrandeten, aufgelaufenen oder leckgewordenen Schiffe an der Küste fordern. Bei schweren Wettern ist es meist überhaupt nicht möglich, den gefährdeten Schiffen Hilfe zu bringen. Die Lage des Schiffes und gefährliche Sturzseen lassen einfach Rettungsmanöver nicht zu. Bei jeder Bergungsarbeit, die von den Rettungsstationen aus betrieben wird, setzt die Mannschaft der Rettungsboote ihr Leben aufs Spiel. Es ist nie gewiß, wenn sie in See gehen, ob das Boot nicht auch ein Opfer des Sturmes oder der schweren Brandung wird.

Schiffe, die in der Nähe der Küste in Seenot geraten, versuchen außer durch Funkspruch meist durch Raketensignale die Aufmerksamkeit der Küstenbewohner auf sich zu lenken. Sobald das gefährdete Schiff von der Küste her bemerkt wird, geben die Rettungsstationen Antwortsignale, die gleichzeitig in den Fischerdörfern, in denen die Rettungsmannschaften wohnen, jeden Helfer alarmieren. Das Rettungsboot wird dann klar gemacht. Je nachdem, ob an der Küste mit ständiger schwerer Brandung zu rechnen ist oder nicht, besteht das Rettungsboot aus einem Motorschiff oder einem kombinierten Ruder- und Segelkutter. Ist das Boot ins Wasser gefahren worden, dann sichern die Mannschaften durch schweres Seezeug und moderne Rettungsgürtel selbst gegen die Heimtücke der See und springen in das Boot. Sofort beginnt die erste gefahrvolle und schwere Arbeit. Das Boot muß aus der Brandung heraus in die Strömung gebracht werden. Das ist eine sehr anstrengende Arbeit. Wenn der Sturm und die Dünung nach dem Lande zu stehen, dann besteht die Gefahr, daß die Brandung das Boot immer wieder zurückwirft, es auf Strand gesetzt wird und es zerschellt. Ist das Boot aus der Brandung heraus, so beginnen die Manöver, um in der Strömung zu bleiben und von Lee her an das Schiff heranzukommen. Die Lee-Seite des Schiffes ist die der Dünung und der Winde entgegengesetzte Seite. Dort herrscht „Windschatten", wie der Seemann sagt und deshalb eine etwas ruhigere See, die das Rettungswerk erleichtert.

Die Arbeit der Rettungsboote wird von der Küstenstation durch Scheinwerfer unterstützt. Hat sich das Rettungsboot nahe genug an das in Seenot befindliche Schiff herausgearbeitet, so muß über die Art der Bergung der Mannschaft entschieden werden. Wie gerettet wird, entscheidet die Beschaffenheit des Meeresgrundes, der Strömungen und die Kraft des Unwetters. Ist Klarheit erreicht, welche Art der Rettung bevorzugt wird, dann melden farbige Leuchtraketen der Schiffsbesatzung die Rettungsart. Ist noch genügend Zeit für das Schiff, dann bevorzugt man die Rettung durch Raketenseile. Im Bug des großen Rettungskutters befindet sich die Raketenkanone mit dem Seilkasten. Die abgeschossene Rakete saust mit der Rettungsleine hinter sich zum Schiff hinüber. Wenn der Schuß gesessen hat, kann das Rettungsseil von der Schiffsmannschaft gefaßt und festgemacht werden. Ist das gelungen, dann fährt das Rettungsboot wieder an Land zurück, um das Seil dort zu befestigen. Wenn das unmöglich ist, werden Treibanker gesetzt und die Schiffsmannschaft wird nach den Rettungsbooten übernommen. Es ist derselbe Vorgang wie auf einer Drahtseilbahn. Auf die Rettungsleine werden Rettungsgürtel durch Tauschlingen aufgehängt. In jedem Ring wird einer von der rettenden Mannschaft geborgen und dann wird diese Seilbahn durch ein Zugseil zum Rettungsboot hinübergeholt. Ein scheinbar einfaches Verfahren, das aber in Wirklichkeit große Schwierigkeiten bietet, da bei der unruhigen See meist die Treibanker nicht genügend halten und oft die Gefahr besteht, daß das Seil reißt oder gekappt werden muß. Dann versinkt der schon halb Gerettete erbarmungslos in der Tiefe. oder die Leine verfängt sich — dann sind stundenlange Manöver notwendig, um einen neuen Bergungsversuch unternehmen zu können.

Wenn die Lage des Schiffes die Bergung durch Raketenseile nicht zuläßt, muß der Rettungskutter versuchen, dicht an das Schiff heranzukommen, um die Mannschaft direkt zu übernehmen. Dieses Manöver erfordert große Umsicht und Erfahrung. Jede Sturzsee kann das Boot zu nahe an die Schiffswand herantragen und zerdrücken. Dann ist nicht nur die Schiffsbesatzung, sondern auch die des Rettungsbootes verloren.

Der schwere und harte Dienst auf den Rettungsstationen an der Küste wird nicht entlohnt. Es ist ein „Ehren"-Dienst. Ja, die meisten Rettungsstationen an der deutschen Küste sind weder aus staatlichen Mitteln, noch von den Reedereien errichtet. Die Rettungsstationen der deutsche Küste sind vorwiegend aus privaten Mitteln erbaut worden und werden noch heute durch private Sammlungen unterhalten. Wer kennt nicht das ominöse Blechschiff auf den Stammtischen der Dorfwirtshäuser, eine Sammelbüchse der „Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger". Aus ihr kommen die Mittel, um die Rettungsstationen unterhalten zu können.

Früher gehörte den Strandbewohnern, aus denen sich die Rettungsmannschaften rekrutieren das Strandgut, das von den verlorengegangenen Schiffen angetrieben wurde. Im gewissen Sinne war es das Entgelt für die Versuche, Schiffe und Mannschaften zu retten. Heute gibt es auch das nicht mehr. Das Strandgut muß der Strandpolizei übergeben werden, es bleibt Eigentum der Reedereien. Die Leute an der Küste dürfen nur ihr Leben einsetzen, um die in Not befindlichen Schiffe und Mannschaften zu retten. Am Ertrage der Schifffahrt haben sie keinen Anteil.

Alles legal, egal legal!

Man stelle sich vor ...

Man stelle sich das folgende vor: Die Kommunistische Partei zieht eine neue Organisation auf, die sie Sturmcorps (S. C.) nennt. Sie beteuert, daß der einzige Zweck der neuen Organisation der Schutz der eigenen Versammlungen, die Erfassung von Erwerbslosen und die körperliche Ertüchtigung der Jugend sei. Sie engagiert als obersten Führer einen Mann, dem sie diktatorisch Vollmachten über die Politik der Partei erteilt. Sie wählt einen Mann aus, der putschistische Erfahrungen besitzt, der bereits an einem hochverräterischen Angriff auf den Staat, sagen wir am Märzaufstand von 1921, politisch und militärisch führend teilgenommen hat.

Dieser Parteidiktator bildet einen regelrechten Stab für die neuen S.C. Er legt sich als militärischen Berater und Stabschef einen ehemaligen deutschen Offizier zu, der ebenfalls bereits an putschistischen Bestrebungen in Deutschland teilgenommen hat, der wegen Hochverrats verfolgt und verurteilt worden ist, und der späterhin Deutschland verlassen hat, um in der russischen Armee als Offizier Dienste zu tun.

Der Parteidiktator und der militärische Stabschef werben nun eine Mannschaft an, die etwa 250 000 Mann umfaßt. Sie bemühen sich, diese Mannschaften zu organisieren, wobei sie den Versuch machen, die Gliederung des Reichsheeres getreulich zu kopieren. Sie uniformieren ihre Mannschaften, sie führen Dienstgrade und Dienstabzeichen ein, sie verlangen strafe militärische Disziplin, sie bilden eine Art von Feldgendarmerie, eine eigene Polizeitruppe zur Uebermachung der Mannschaften und der Unterführer, sie ziehen ehemalige Offiziere als Führer für ihre Privatarmee heran.

Allmählich gehen sie dazu über, die Formationen der S. C. in eigenen Räumen in allen Städten des Reichs zusammenzufassen. Zur Erhöhung der Beweglichkeit dieser Formationen, um sie von Familie, Verwandten loszulösen, und um sie zu einem willfährigen nicht selbst denkenden Instrument zu machen, beginnen sie diese Formationen von einer Stadt nach der anderen systematisch zu verschieben.

Man beschränkt sich nicht darauf, nur Mannschaften zu sammeln, man teilt sie auch nach ihrem möglichen Verwendungszweck ein. Man bildet ein Automobilkorps, ein Sanitätskorps, eine Feldzeugmeisterei, man sorgt für Uniformen, Ausrüstungsgegenstände, Sanitätsmaterial, man läßt von befreundeten Parteigenossen private Sportflugzeuge ankaufen, man bildet neben dem Automobilkorps ein Fliegerkorps, man schafft sich eine Art von militärischem Verordnungsblatt an, in dem der Stab seine Befehle bekanntgibt und schließlich fordert man dazu auf, daß alle Leute, die „mit der Flugwaffe ausgebildet" sind, sich zur Verfügung stellen.

Man stelle sich das alles vor und dann noch dazu, daß dies alles ganz legal, egal legal, vor sich geht, daß keine Behörde in ganz Deutschland, angefangen von der Polizei bis zur Reichsregierung und Reichsgericht darin etwas finden würde. Kann man sich das vorstellen? Nein, das kann man sich nicht vorstellen!

Aber bei Hitler braucht man sich nicht die Mühe zu machen, es sich vorzustellen. Da geschieht das alles wirklich. Und niemand findet etwas dabei!

Bücher und Schriften

Agitation! Agitation!

Das soeben erschienene Heft 50 des Diskussionsorgans der Partei „Das Freie Wort" ist vorwiegend den Fragen der Agitation gewidmet. Einen besonders interessanten Beitrag zu dieser Frage bringt der Genosse Felix Süßinger: „Heraus aus dem Turm". Genosse Arnhold-Freital nimmt in seinem Artikel zu dem Problem Masse und Führer Stellung. Auch dieser Artikel hat besondere Aktualität, wenn man an die täglichen Auseinandersetzungen in den Betrieben, auf der Straße oder an den Stempelstellen denkt. In der Aussprache, den Parteinachrichten und Notizen ist so reiches Material für alle auftauchenden Fragen, daß wir das vorliegende Heft allen Parteigenossen zur aufmerksamen Beachtung empfehlen.

„Das Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet, durch die Post bezogen, monatlich 91 Pf. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probehefte versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Stephan Verahoff: Von Strömern und Vagabunden. Nach ihren eigenen Geständnissen erzählt. Bilder von Job. Thiel. Verlag Herder u. Co., Freiburg. — Dipelsbrüder stehen oft vor unseren Türen und bitten um Almosen. „Mit angsterfüllten Augen stockend, leise, mit verschämten Gesicht. Oder frech, frei, anmaßend, fordernd. Sie sind Menschen, keine Tiere. Ich sah sie, wie sie sind." Und das, was sie Verahoff erzählten, hat dieser aufgezeichnet. Es ist Fröhliches und Erschütterndes.

Die beiden Hecks.

Der Sohn folgt dem Vater.

Mit Ablauf dieses Jahres tritt der angesehene wissenschaftliche Leiter des Berliner Zoologischen Gartens und bekannte Tierforscher, Geheimrat Professor Dr. Heck, der die Altersgrenze von 65 Jahren bereits um sechs Jahre überschritten hat, in den Ruhestand. Heck hat den Berliner Zoo seit über 40 Jahren in vorbildlicher Weise betreut. Sein Nachfolger wird sein Sohn, Dr. Lutz Heck, werden, der bereits seit längerer Zeit im Berliner Zoo als stellvertretender Direktor tätig ist und sich durch mehrere afrikanische Tierfangexpeditionen einen Namen gemacht hat.

Thale

Oeffentliche Anforderung der Bürgersteuer 1931.

I. Die Gemeinde Thale a. H. erhebt für das Rechnungsjahr 1931 eine Bürgersteuer in Höhe von 200 v. H. zum Landessatz. Der Bürgersteuer unterliegen grundsätzlich **alle Personen, die am 10. Oktober 1931 über 20 Jahre alt** waren und an diesem Tage im Bezirk der Gemeinde **ihren Wohnsitz** (oder mangels eines inländischen Wohnsitzes ihren gewöhnlichen Aufenthalt) hatten.

II. Die Bürgersteuer wird von denjenigen unter I fallenden Personen, denen für das Kalenderjahr 1932 von der unterzeichneten Gemeinde eine **Steuerkarte ausgestellt** wird, auf der Steuerkarte angefordert. Von den Personen, die vom Finanzamt für das Kalenderjahr 1930 (oder für den in diesem Jahr endenden Steuerabschnitt) **zur Einkommensteuer veranlagt** worden sind, wird die Bürgersteuer durch besonderen Bescheid angefordert.

III. Die **Höhe der Bürgersteuer** richtet sich nach der Höhe des Einkommens im Jahre 1930. Die Bürgersteuer beträgt, falls der Steuerpflichtige für 1930 zur Einkommensteuer (oder zum Steuerabzug vom Arbeitslohn) tatsächlich nicht herangezogen worden ist, 9,— RM.

Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, zahlen das Einkommensteuer (13,50 RM.) Ist in diesem Falle die **Ehefrau** allein steuerpflichtig, so zahlt sie nur die Hälfte (4,50 RM.)

IV. Die nicht unter II fallenden **Steuerpflichtigen werden hiermit aufgefordert, die Bürgersteuer zu je einem Drittel bis zum 20. Dezember 1931, 10. Februar 1932 und 10. März 1932 an die Stadthauptkasse** hierselbst (Postscheckkonto Magdeburg 3280) **zu entrichten.** Werden die Teilbeträge nicht rechtzeitig gezahlt, so werden sie ohne besondere Anforderung oder Mahnung durch gebührenpflichtige Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

V. Befreit von dem jeweils fälligen Teilbetrag sind insbesondere die Personen, welche an dem betreffenden Fälligkeitstage

a) Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung empfangen,
b) laufende Unterstützung aus der öffentlichen Fürsorge erhalten,
c) Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen, wenn ihr gesamtes Jahreseinkommen 900,— RM. nicht übersteigt.
d) Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen;

ferner befreit:

e) **Personen,** deren gesamte Jahreseinkünfte (das ist der auf ein Jahresergebnis umgerechnete Betrag des Arbeitslohns, der bei der auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung zu zahlen ist, zuzüglich des sonstigen **Einkommens) im Kalenderjahr** 1932 500,— RM. nicht übersteig; diese Befreiungsvorschrift gilt nicht für Personen, deren landwirtschaftliches usw. Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen 5 000,— RM. übersteigt.

VI. Auch in den Fällen, in denen die Bürgersteuer durch die Steuerkarte angefordert worden ist, hat der Steuerpflichtige sie selbst zu entrichten, wenn sie vom Arbeitslohn tatsächlich nicht einbehalten wird, ein Befreiungsgrund (siehe oben V) aber nicht gegeben ist. In diesem Falle gelten jedoch die auf der 4. Seite der Steuerkarte angegebenen Fälligkeitstage und Teilbeträge.

Thale a. H., den 9. Dezember 1931.

Der Magistrat. August, 1. Bürgermeister.

Diejenigen Personen, die zur

Abholung der Bekleidungsstücke aus der Winterhilfe

zum Sonnabend, den 19. Dezember bestellt sind, wollen sich schon am Freitag, den 18. Dezember zur festgesetzten Zeit einfinden. Am Sonnabend findet keine Ausgabe mehr statt.

Thale, den 16. Dezember 1931.

Der Magistrat. Wohlfahrtsamt.

Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrenten

findet **Freitag, den 18. Dezember 1931,** vormittags wie folgt statt: Sozialrenten von 9—10 Uhr und Kleinrenten von 10—11 Uhr.

Thale a. H., den 17. Dezember 1931.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auszahlung der Zusatzrenten an die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Die Auszahlung der Zusatzrenten für den Monat Dezember erfolgt am Donnerstag, den 17. Dezember ds. Js., von 3—1/,5 Uhr in der hiesigen Stadthauptkasse, Zimmer 1.

Die Auszahlung der Beträge erfolgt nur an die Versorgungsberechtigten bzw. deren Rechtsvertreter.

Die Empfangsberechtigten werden besonders darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Auszahlung der Beträge nur an den festgesetzten Terminen erfolgt.

Thale a. H., den 15. Dezember 1931.

Der Magistrat.

Wernigerode

Bekanntmachung.

Fleischbezugsscheine für die Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger.

Die Empfänger von Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, sowie die Klein- und Sozialrentner und die Empfänger von Unterstützung aus der allgemeinen Fürsorge **soweit sie einen selbständigen Haushalt führen,** erhalten aus der Winterhilfe einen Bezugsschein für vier Pfund Fleisch, der bei allen hiesigen Fleischverkäufern eingelöst werden kann. Es wird darauf wöchentlich ein Pfund Fleisch verabfolgt. Das Pfund Fleisch ist auf Grund des Gutscheines 30 Pfennig billiger. Näheres über die Ausgabe usw. befindet sich im lokalen Teil dieser Zeitung. Die Bezugsscheine werden wie folgt ausgegeben:

1. an die **ausgesteuerten Erwerbslosen** am Freitag, den 18. Dezember 1931 bei der Auszahlung der Unterstützung;
2. an die **Kleinrentner** am Freitag, den 18. Dezember 1931, von 9—1 Uhr vormittags im Klint 10, Zimmer Nr. 12;
3. an die **Sozialrentner** am Sonnabend, den 19. Dezember 1931, von 9—1 Uhr vormittags, Klint 10, Zimmer Nr. 12;
4. an alle **sonstigen Unterstützungsempfänger** aus der allgemeinen Fürsorge, die ihre Unterstützung am 2. jeden Monats in der Stadthauptkasse empfangen, am Montag, den 21. Dezember 1931, vormittags von 9—1 Uhr, Klint 10, Zimmer Nr. 12;
5. an die **Zusatzrentenempfänger** nach dem R. B. G. am Dienstag, den 22. Dezember 1931, von 1—3 Uhr nachmittags im Landratsamt (**Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle**);
6. an die beim **Arbeitsamt** in Unterstützung befindlichen Personen bei diesem.

Die Scheine müssen zu den bezeichneten Zeiten abgeholt werden. **Die Unterstützungsnachweise sind vorzulegen.**

Wernigerode, den 16. Dezember 1931.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom 18. bis einschließlich 22. Dezember 1931 ist die Gemeinde- und auch Grundsteuerkasse für Ein- und Auszahlungen geschlossen.

Ilsenburg (Harz), den 16. Dezember 1931.

Radecke.

Oeffentliche Mahnung.

Alle Steuerzahler, welche mit der Zahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer, Gewerbesteuer vom Kapital und vom Ertrage, Hundesteuer, Getränkesteuer und Biersteuer im Rückstande sind, werden hierdurch aufgefordert, die rückständigen Beträge **am .17. ds. Mts.** in den Kassenstunden von 8—12 Uhr an die hiesige Ortssteuerkasse, Markt 1, zu zahlen.

Vom 18. bis 22. ds. Mts. ist die Ortssteuerkasse geschlossen, und werden nach dieser Zeit die nicht gezahlten Beträge zwangsweise eingezogen.

Ilsenburg (Harz), den 16. Dezember 1931.

Die Ortssteuerkasse. Radecke.

GVB Gemeinnützige Volks-Bausparkasse „Vorwärts" a.G. b. H. Lübeck

Am Sonnabend, den 19. Dezember 1931 abends 20 Uhr

Oeffentliche Versammlung

in Ilsenburg „im Lindenhof"

Zinsloses Darlehen für Neubau, Hauskauf und Hypothekenablösung! Fragen-Beantwortung

Auskunft im Bezirksbüro Halberstadt, Gerberstraße 15 und bei Wollenhaupt.

Obstwein vom Faß

Apfelwein . . . 1/,Ltr. 0.30
Kirschwein . . . 1/,Ltr. 0.60
Johannisbeerwein 1/,Ltr. 0.60
Stachelbeerwein . 1/,Ltr. 0.60

Bestellg. b. Herrn W. Witte, Ecke Pfarr- u. Hinderstraße.

H. Zimmermann Obstplantage.

Puppen-Klinik

die größte am Platze. Sämtliche Reparaturen werden sauber und preiswert ausgeführt.

Alle Ersatzteile sind vorrätig.

Puppen-Perücken von den einfachsten bis zu den modernsten

Friedrich Frankenbach Spielwaren Bergstraße 50.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 294 — Donnerstag, den 17. Dezember 1931 — 6. Jahrgang

Wie wird es mit den Mieten?

Die vierte Notverordnung versucht, z. T. durch recht drakonische Maßnahmen, endlich eine Herabsetzung der Preise zu erzwingen. Zu den rasch wirkenden Mitteln der Notverordnung, zu einer Normalisierung des Preisniveaus zu kommen, gehört die angeordnete Senkung der Mieten. Allerdings laufen die Interessenten schon bereits Sturm gegen diese Anordnung. Aber auch sonst bestehen Unklarheiten, sowohl über die Zukunft der Altmieten als auch über die der Neumieten.

Die Mieten für Altwohnungen werden um 10 Prozent der Friedensmiete gesenkt. Da die heutige Miete zumeist 120 Prozent, in Berlin 130 Prozent der Friedensmiete ausmacht, beträgt die tatsächliche Mietsenkung für Altwohnungen in der Regel 8,4 Prozent, in Berlin sogar nur 7,7 Prozent.

Für die Neubaumietet, d. h. für immerhin etwa 15 Proz. der deutschen Bevölkerung aber reicht die Mietensenkung in vielen Fällen lange nicht an 10 bis 15 Prozent heran, wie man so oft hört. Hier wird nämlich die Mietensenkung verkoppelt mit der Zinsherabsetzung. Die Miete für Neubauten muß nach der Notverordnung herabgesetzt werden „anteilig um den Betrag, um den die laufende Belastung des Grundstücks nach den Vorschriften über die Zinssenkung gesenkt wird."

Diese Senkung der Zinsen für Neubauhypotheken wirkt sich aber infolge der Vielgestaltigkeit der Finanzierungsmethoden in den einzelnen Gegenden des Reiches ganz verschieden aus. Da in den letzten Jahren selbst innerhalb der einzelnen Gemeinden die Praxis der Neubaufinanzierung ständig geändert worden ist und da ferner die Baukosten in den einzelnen Jahren sehr verschieden hoch waren, wird die Mietensenkung gleichfalls ganz verschieden hoch sein. Das Ausmaß der Mietensenkung für Neubauten ist also von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängig. Teilweise wird sich eine Senkung von 15 Prozent oder noch mehr ermöglichen lassen; in vielen Fällen wird die Senkung nicht einmal 10 Prozent betragen und garnicht selten wird eine Herabsetzung der Mieten überhaupt nicht möglich sein.

Die Notverordnung senkt den Zinssatz für langfristige Hypothekendarlehen, wenn er 8 Prozent oder weniger, aber mehr als 6 Prozent beträgt, auf 6 Prozent; wenn er höher ist als 8 Prozent, im Verhältnis von 8 zu 6. Betrug er z. B. bisher 9 Prozent, dann sinkt er auf 7, betrug er 8½, dann sinkt er auf 6½ Prozent. Wurden bisher nur 6 Prozent oder weniger vom Hypothekengläubiger erhoben — das ist z. B. bei den meisten öffentlichen Versicherungsträgern, Landesversicherungsanstalten usw. der Fall, — dann wird er gar nicht heruntergesetzt. Bei der Mietensenkung kommt es aber nicht nur auf die Höhe des Zinssatzes an, sondern auch auf die Höhe des aufgenommenen Hypothekendarlehens selbst. In manchen Gegenden wurden hohe Hauszinssteuerhypotheken gegeben, in anderen sehr niedrige. Je höher die Hauszinssteuermittel, desto niedriger war die teure 1. Hypothek, desto geringeren Umfang muß natürlich auch die Mietensenkung haben. In Sachsen zum Beispiel wurde in vielen Kommunen z. B. in Leipzig die Neubautätigkeit in den letzten Jahren finanziert mit 15 Prozent 1. Hypotheken, 75 Prozent Hauszinssteuermittel und 10 Prozent Eigenkapital. Belief sich der Zinssatz für die 1. Hypothek hier auf 8 Prozent, dann macht die Mietensenkung nur 6 Prozent aus, bei einer 7prozentigen Hypothek nur 3 Prozent und bei einer 6prozentigen ist sie unmöglich.

Günstiger steht sich in Zukunft der Mieter, wenn der Hauseigentümer eine hohe 1. Hypothek aufnehmen mußte. In manchen Klein- und Mittelstädten wurde der Bau einer Kleinwohnung von etwa 8000 Mark Erstellungswert finanziert durch ein 1. Hypothekendarlehen von 4000 Mark, eine Hauszinssteuerhypothek von 3500 Mark und 500 Mark Eigenkapital. Bei Verzinsung einer 1. Hypothek mit 8 Prozent beträgt die Ersparnis zukünftig also 80 Mark. War die Miete im Normalfall auf 500 Mark festgesetzt, dann beträgt sie in Zukunft demnach 420 Mark, d. h. sie wird um genau 16 Prozent herabgesetzt.

Ganz anders wird das Bild wieder in den meisten Großstädten, wie z. B. auch in Berlin. Hier wechselte die Methode der Finanzierung von Jahr zu Jahr. Bei den großen Bauvorhaben eines Berliner gemeinnützigen Unternehmens ergibt sich z. B. folgendes:

Bau A. Die Zinssenkung beträgt 7 300 Mark. Die Mieteinnahmen beliefen sich bisher auf 125 000 Mark. Die Miete wird um 6 Prozent gesenkt.

Bau B. Die Senkung der Zinslasten macht 36 000 Mark aus, bei einer bisherigen Mieteinnahme von 260 000 Mark. Die Miete könnte demnach um 14 Prozent gesenkt werden. Für diesen Bau wurden aber von der Kommune 60 000 Mark Zuschüsse zur Verbilligung der Zinsen der 1. Hypothek gewährt. Läßt die Kommune diese Zuschüsse nach Herabsetzung des Zinssatzes für die 1. Hypothek wegfallen (derartige Pläne werden bereits erwogen), dann ist natürlich eine Mietsenkung nicht möglich.

Bau C. Der bisherige Zinssatz der 1. Hypothek betrug 7 Prozent. Die Senkung der Zinsunkosten beläuft sich auf 9100 Mark, die bisherige Mieteinnahme auf 166 000 Mark. Die Miete kann also um 5,5 Prozent gesenkt werden.

Für ein 4. Bauvorhaben der Gesellschaft wurde eine 6prozentige Hypothek der Landesversicherungsanstalt aufgenommen, sodaß für dieses eine Senkung der Mieten überhaupt nicht in Frage kommt. Zu beachten ist im übrigen auch, daß im Jahre 1931 bereits vorgenommene Mietherabsetzungen auf die neue Mietsenkung angerechnet werden. Eine Mietsenkung wird ferner nicht möglich sein in den Bauten, die noch nicht endgültig finanziert sind, d. h. für die das 1. Hypothekendarlehen noch nicht ausgezahlt ist. Das trifft für die meisten Bauten zu, die im Jahre 1931 fertiggestellt sind, für viele aus dem Jahre 1930 und sogar für manche aus früheren Jahren.

Gerade die gemeinnützigen Gesellschaften, die möglichst mit billigen 1. Hypotheken gearbeitet haben, werden vielfach zu einer Mietsenkung nicht in der Lage sein.

Bei den Kündigungsmöglichkeiten wird übersehen, daß die Kündigung ausgeschlossen ist, wenn der Mieter in der Zeit seit dem 1. 7. 31 hätte kündigen können, es aber unterlassen hat. Die meisten Mietverträge sehen aber die Möglichkeit einer Kündigung vom 1. Oktober zum 31. Dezember vor. In allen diesen Fällen ist die außerordentliche Kündigung des Mietvertrages, die sonst bis zum 5. Januar möglich ist, ausgeschlossen.

Man sieht also, daß auch die einzige positive Preissenkungsaktion der Notverordnung, nämlich die Senkung der Mieten, vielfach durchaus zweifelhafter Natur ist.

*

Die Ausführungsbestimmungen.

Die Reichsregierung hat eine Durchführungsverordnung zur Mietensenkung erlassen, in der zunächst hinsichtlich der Mietensenkung gewisse einheitliche Regelungen für das ganze Reich festgelegt werden. Da in den einzelnen Ländern die Altmieten verschiedenartig gesetzlich geregelt sind und die Neubaufinanzierung sehr verschiedenartig gehandhabt wurde, wird den Länderregierungen das Recht eingeräumt, unabhängig von den vom Reich festgelegten Richtlinien die noch weiterhin für die einzelnen Gebietsteile erforderlichen Durchführungs- und Ergänzungsbestimmungen zu treffen.

Die Durchführungsverordnung der Reichsregierung verpflichtet zunächst alle Vermieter, unverzüglich den Mietern von Altwohnungen, Neubauwohnungen und von Geschäftsräumen mitzuteilen, welchen Mietzins sie vom 1. Januar 1932 ab zu entrichten haben. In den Ausnahmefällen, in denen die Zinsentlastung noch nicht feststeht — das gilt insbesondere für diejenigen Wohnungen, die mit Hypothekendarlehen finanziert wurden, die aus ausländischen Anleihen stammen —, hat eine vorläufige Berechnung und eine entsprechende Mitteilung an die Mieter über die Januar-Miete zu erfolgen. Bis spätestens 25. Januar 1932 muß jedoch der endgültige Mietzins bestimmt werden.

Für die Altwohnungen ergibt sich bereits ein klares Bild. Die Mietsenkung beträgt hier generell 10 Prozent der Friedensmiete. Auch wenn früher bereits Mietsenkungen für Alträume durch Neuberechnung der Friedensmiete oder durch Entscheidung des Mieteinigungsamtes vorgenommen wurden, tritt unabhängig hiervon die Senkung um 10 Prozent der Friedensmiete am 1. Januar 1932 in Kraft. Soweit Heizungs- oder sonstige Nebenkosten im Mietzins enthalten sind und nicht gesondert berechnet werden, sind sie gleichfalls um 10 Prozent zu senken. Ueber eventuelle Streitigkeiten, die sich aus der Mietsberechnung für Altwohnungen ergeben, hat das Mieteinigungsamt zu entscheiden.

Die Berechnung der neuen Mieten für Neubauwohnungen geht folgendermaßen vor sich: Grundsätzlich soll die gesamte Entlastung, die aus der Zinssenkung sich für ein Gebäude ergibt, anteilig nach der Höhe des Mietzinses auf die einzelnen Wohnungen und sonstigen Räume verteilt werden. Für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen ist eine besondere Vorschrift getroffen worden. Sie sollen „unbeschadet des Grundsatzes einer möglichst allgemeinen Mietensenkung eine weitgehende Angleichung der Mieten vergleichbarer Wohnungen vornehmen". Bei dieser Regelung ist man davon ausgegangen, daß die großen Baugenossenschaften vielfach Blocks in verschiedenen Bauperioden unter stark abweichenden Bau- und Kapitalkosten errichtet haben und daß große Mietsunterschiede bestehen. Entsprechend dem genossenschaftlichen Gedanken will man aus der Zinsentlastung eine gewisse Angleichung der Miethöhe in den verschiedenen Baublocks für gleichartige Wohnungen herbeiführen. Das ist alles schön und gut. Aber die Mieter werden von der Lohn- und Gehaltssenkung gleich betroffen. Sie werden diese Regelung nicht ohne weiteres hinnehmen. Deshalb wäre wohl zu überlegen, ob es nicht angebracht ist, einen Teil der Zinsentlastung vorweg zur allgemeinen Mietensenkung zu benutzen. Den Rest könnte man dann zur Angleichung der Mieten und zur Beseitigung von Härten verwenden.

Auch bei den Neubaumieten tritt nur dann eine Senkung der Heizungskosten ein, wenn sie einen Bestandteil der Wohnungsmiete bilden. Endlich ist noch zu erwähnen, daß Mietsenkungen bei Neubaumieten, die nach dem 1. April 1931 durch Grund von öffentlichen Zuschüssen vorgenommen wurden, bei der Neufestsetzung der Mieten nicht abgezogen werden dürfen. Sie bleiben also bei der gegenwärtigen Mietsenkung unberücksichtigt und sind nicht aufzurechnen.

Keine Nachtrags-Provinzialumlage!

Sitzung des Provinzialausschusses.

Unter dem Vorsitz von Regierungspräsident Weber tagte der Provinzialausschuß in Merseburg am 16. Dezember. Der Bericht über die Finanzlage, den er entgegennahm, zeigte den außerordentlichen Rückgang der Einnahmen aus Steuerüberweisungen usw. Es ergab sich deshalb die Notwendigkeit, über die bisherigen Etatsstreichungen hinaus — anläßlich der letzten Provinzialausschußsitzungen wurde davon bereits berichtet — das Ausgabesoll bis an die äußerste Grenze weiter stark herabzusetzen. Infolge der weitgehenden Kürzungen im Haushaltsplan glaubte der Provinzialausschuß von der Ausschreibung einer Nachtragsumlage absehen zu sollen, vor allem auch mit Rücksicht auf die außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten der Kreise und Gemeinden.

Infolge der bereits in der Augustsitzung des Provinzialausschusses vorgenommenen Kürzung standen für Unterstützung des Kreis- und Gemeinde-Wegebaues noch 350 000 RM zur Verfügung. Es konnten insgesamt 220 Anträge mit 39 Prozent des ursprünglich vorgesehenen Unterstützungsbetrages berücksichtigt werden. In einigen Fällen, bei denen ein besonders dringliches öffentliches Interesse anzuerkennen war — z. B. bei der für den Verkehr im Harz wichtigen Straße Thale—Friedrichsbrunn, der Ammendorfer Strecke (bei Halle) usw. — bewilligte der Provinzialausschuß höhere Beträge.

Eine Uebersicht über die Verwendung der im Haupthaushaltsplan 1931 vorgesehenen Mittel für Landeskultur ergab, daß aus dem Landesmeliorationsfonds zusammen 86 420 RM. für verschiedene Zwecke bezahlt worden sind. So erhielt die Wassergenossenschaft im Land- und Weidengrabengebiet (Kreis Jerichow II) 5650 RM., die Gemeinde Nienhagen (Kreis Oschersleben) für Regulierung der Holtemme 19 250 RM., die Bodenverbesserungsgenossenschaft für den Schraden (Kr. Liebenwerda) 10 000 Reichsmark, die Bodenverbesserungsgenossenschaft Groß-Thiemig (Kr. Liebenwerda) 10 000 RM. Die für die Landwirtschaft wichtige geologisch agronomische Landesaufnahme erhielt einen Zuschuß von 3 600 RM. Ferner konnten 10 Aufforstungsbeihilfen und kleinere Beträge zur Förderung des Vogelschutzes, der Bienenzucht, zur Bekämpfung der Bisamratten usw. gewährt werden. 11 000 RM. Beihilfen wurden aus diesem Fonds für Umlegungen bezahlt.

Aus den Mitteln des Fonds zur Förderung der Landwirtschaft, der von Provinz und Staat mit gleich hohen Beträgen dotiert wird, wurden Beihilfen von 170 900 RM. gewährt, und zwar für den Regierungsbezirk Magdeburg in 11 Positionen 26 670 RM., für den Regierungsbezirk Merseburg in 10 Posten 28 600 RM. Im Regierungsbezirk Erfurt wurde der Bau von acht Wasserleitungen mit 51 850 RM. unterstützt. Fünf Wasserleitungen liegen im Eichsfeld. Dem Landeskulturamt der Provinz sind zur Unterstützung von 18 Umlegungen 47 000 RM. gewährt worden. 13 dieser Separationen liegen im Regierungsbezirk Erfurt. Für Bodenverbesserungen konnten über das Landeskulturamt in 12 Posten 16 780 RM. gewährt werden.

Endlich sind Zahlungen zusammen an 91 800 RM. aus dem Flußregulierungsfonds, der ebenfalls von Provinz und Staat zu gleichen Teilen gespeist wird, zu nennen. Für Wasser-, Drängenossenschaften und Deichverbände wurden im Regierungsbezirk Magdeburg an 16 Stellen 50 340 RM., im Regierungsbezirk Merseburg an 12 Stellen 38 800 RM., im Regierungsbezirk Erfurt an 3 Stellen 5 600 RM. ausgeworfen.

Ferner wurde der Haushaltsplan über die Ausgaben der Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt für das Rechnungsjahr 1932 nach Vorbereitung durch den Verwaltungsrat der Anstalt festgestellt. Der Etat schließt mit 670 000 RM. und läßt u. a. die stärkere steuerliche Belastung des Institutes im neuen Rechnungsjahr erkennen.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hat für eine dreimonatige Heimunterbringung von 100 Kindern aus ungünstigen Wohnungs- und Wirtschaftsverhältnissen den Betrag von 10 000 RM zugesagt. Durch vorschußweise Bereitstellung der Mittel seitens der Provinz wird es ermöglicht, die Kinder bald in geeigneten Heimen unterzubringen. Um mittellosen und würdigen Fürsorgezöglingen einen Weihnachtsurlaub bei den Angehörigen in der Heimat zu ermöglichen, stellte der Provinzialausschuß für Reisekostenbeihilfen einen Betrag zur Verfügung. Auch wurde dem Provinzialverein vom Roten Kreuz für Sachsen eine Beihilfe von 1000 RM. zur Durchführung des Harzjugendlichendienstes bewilligt.

Für Bürgermeister Borchardt (früher Nordhausen), der als Oberbürgermeister nach Forst gegangen ist, wurde Schulrat Benda (Weißenfels) stellvertretendes Mitglied des Preußischen Staatsrates. Als Nachfolger von Bürgermeister Borchardt im Provinziallandtag wurde der Kaufmann und Stadtrat Richard Philipp in Nordhausen festgestellt.

Der Provinziallandtagsabgeordnete Lagerhalter Paul Bohn (Kirchmöser) hat sein Mandat niedergelegt. Für ihn tritt der Amtsvorsteher Karl Linnecke Güsen in den Provinziallandtag ein.

Die Haushaltsberatungen sollen Anfang Februar aufgenommen werden.

Mitteldeutsche Rundschau.

Die Harzburger Rennwoche wieder gesichert.

Bad Harzburg. An der Delegiertenversammlung der deutschen Rennvereine in Berlin, die sich mit der Verteilung der Renntermine des kommenden Jahres zu befassen hat, nahm für den Harzburger Rennverein Otto Meißke, der Leiter der Harzburger Rennen in den letzten Jahren, teil. Die Oberste Rennbehörde beschloß, den Vereinen grundsätzlich die volle Zahl ihrer nachgesuchten Renntage zu genehmigen. Für die Harzburger Rennwoche ist, wie in den letzten Jahren, die erste Juliwoche vorgesehen; es sind dies die Tage Sonntag, 3. Juli, Dienstag, 5. Juli, Freitag, 8. Juli und Sonntag 10. Juli. Die Vorbedingungen für die Abhaltung der Harzburger Rennen im kommenden Jahre sind danach gegeben.

Tödlicher Betriebsunfall.

Heldrungen. Auf dem Kiesberg Georges ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall, der ein Menschenleben forderte. Ein Schachtmeister, der die Wagen der Kiesbahn aneinander kuppeln wollte, kam so unglücklich zu Fall, daß er von einem Wagen überfahren wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Stolberg hat 128 000 Mark Schulden.

Stolberg (Harz). Die Schulden der Stadt Stolberg, die 1924 31 000 M betrugen, sind auf 128 000 M im jetzigen Augenblick gestiegen. Die Stadtverordnetenversammlung befaßte sich mit der Gesamtfinanzlage der Stadt und beschloß, bei der Regierung um Erhöhung des Zuschusses nachzusuchen. Etwa 200 Familien werden aus öffentlichen Mitteln unterstützt.

Steuergelder veruntreut.

Stendal. Der Stadtsteuersekretär Gustav Bräker hatte sich in Seehausen in der Altmark Veruntreuungen großen Stils durch Eingriffe in die städtischen Kassen zuschulden kommen lassen. Von 1920 bis 1930 hatte B. sämtliche Steuersachen der Stadt bearbeitet und die Steuereingänge vereinnahmt. Diese Tätigkeit ermöglichte es ihm, von 1924—1930 nach und nach größere Steuerbeträge einzubehalten. Durch falsche Buchungen verschleierte er seine Veruntreuungen. Vom Stendaler Schöffengericht wurde er jetzt wegen Amtsunterschlagung, fortgesetzter Urkundenvernichtung, fortgesetzter Untreue und wegen Betruges zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Aus dem Zug gestürzt.

Staßfurt. Auf der Strecke Güsten—Staßfurt—Leopoldshall stürzte in der Nähe des Güterbahnhofs ein junges Mädchen aus Staßfurt aus dem Zuge und zog sich erhebliche Verletzungen am Kopfe zu. Die Verunglückte wurde dem Knappschaftskrankenhaus in Leopoldshall zugeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0009

Die Nervenkranke im Straßengraben.

Wolmirstedt. Wie wir gestern berichteten, wurde auf der Landstraße in der Nähe von Elbau eine nur mit einem zerrissenen Mantel bekleidete Frau aufgefunden, die angab, aus einem Auto geworfen zu sein. Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich nicht um ein Verbrechen, sondern um einen überaus tragischen Fall handelt. Die Aufgefundene ist eine Ehefrau aus Magdeburg, die schon seit Jahren an einer Nervenkrankheit leidet und am Sonntagabend in einem unbewachten Augenblick ihre Wohnung verlassen hat. Sie ist dann planlos umhergeirrt und hat jedenfalls unterwegs ein Kleidungsstück nach dem anderen ausgezogen. Ein Teil der Wäsche wurde bei Barleben gefunden. Kurz vor Elbau erlitt die Bedauernswerte dann einen Schlaganfall und blieb hilflos liegen. Sie befindet sich jetzt im Krankenhaus. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und der Polizei in Dessau.

Dessau. Am Dienstag in den Abendstunden kam es in Dessau mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Zuerst sammelte sich vor dem „Volksblatt" in der Askanischen Straße eine größere Menge Kommunisten, um einen Umzug zu veranstalten. Die verstärkte Polizei trieb sie mit dem Gummiknüppel auseinander. Gegen 19 Uhr wurde der Versuch in der Kavalierstraße wiederholt. Auch hier griffen die Polizeibeamten zum Gummiknüppel. Die Planmäßigkeit war leicht zu erkennen. Der Haupträdelsführer, der Landwirtschaftsgehilfe Liebner aus Niemegk, wurde verhaftet, um im Schnellverfahren abgeurteilt zu werden.

Todessturz aus dem Fenster.

Mansfeld. Hier stürzte sich ein Insasse des Johanniter-Siechenhauses, der 75 Jahre alte Leopold Elsner aus Burgörner in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster seines Zimmers im Hinterhaus auf den Hof. Der Tod trat sofort ein. Elsner hatte bereits vor einiger Zeit selbstmörderische Gedanken geäußert.

„Ham'se Mitleid Herr Gerichtsschreiber!"

Halle. „Ham'se Mitleid Herr Gerichtsschreiber, ich bereue meine Tat, und das soll bestimmt nicht wieder vorkommen!" Diese Schlußworte des Angeklagten beweisen besser als alles andere, wes Geistes Kind der arbeitslose Gustav E. aus Radis ist, den das Schöffengericht Halle wegen schweren Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und versuchter Notzucht zu drei Jahren Gefängnis verurteilte. Im November dieses Jahres hatte er im Oppiner Wald auf dem Försterweg eine alleingehende Frau aus Bitterfeld am hellen Tage überfallen, sie brutal mit den Fäusten geschlagen, ihr die Handtasche mit dem gesamten Geld geraubt und dann noch versucht, sich an der Frau zu vergehen. Noch heute leidet die Frau, die Mutter zweier Kinder ist, seelisch unter den Folgen dieser Tat. Der Angeklagte, dem es zurzeit der Tat materiell nicht einmal schlecht ging, ist von einem krankhaften Spartrieb, ja Geiz besessen, der letzten Endes wohl auch das Motiv der Tat bildete. Weinend erzählte er z. B., daß in der ersten Zeit seine Eltern seinen Arbeitslohn für sich verbraucht hätten. Sein stöhnend erzähltes Leben entrollt trübe Bilder: Der Vater ist ein Trinker, er selbst, geistig stark minderwertig, hat in der Hilfsschule wenig schreiben und lesen gelernt. Paragraph 51 (?) Nein, obwohl geistig außerordentlich ungünstig belastet, ist der Angeklagte nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen für seine Tat voll verantwortlich zu machen. Das Gericht billigte trotz der Schwere des Verbrechens, dem bisher Unbestraften mildernde Umstände zu und blieb in seinem Urteil, ein Jahr unter dem Strafantrag des Staatsanwalts.

Das eigene Kind im Wassereimer ertränkt.

Naumburg. Das Schwurgericht in Naumburg verurteilte den Bergarbeiter Dollny aus Teuditz, der sein wenige Wochen altes Kind versucht hatte, im Wassereimer zu ertränken, und das an den Folgen dieser Tat dann auch gestorben war, zu zwei Jahren einer Woche Zuchthaus wegen versuchten Totschlags und Verletzung zur Abtreibung. Seine Ehefrau wurde zu einem Monat Gefängnis mit Strafaussetzung verurteilt. Die Verhandlung entrollte ein Bild vollkommen zerrütteter Familienverhältnisse, an denen die Frau allein schuldig war. Die Anzeige gegen ihren Mann hatte sie selbst erstattet.

Gewerkschaftliches

Löhne und Gehälter.

Die Besprechungen der Spitzengewerkschaften im Reichsarbeitsministerium

Berlin, 16. Dezember. Am Mittwoch fand im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Spitzengewerkschaften wegen verschiedener Streitfragen statt, die sich aus der Durchführung der Bestimmungen über die Lohn- und Gehaltskürzung in der Notverordnung vom 8. Dezember ergeben haben. In der Besprechung wurde von den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums festgestellt, daß die Bestimmungen über die Kürzung der Löhne und Gehälter nach dem klaren Wortlaut der Verordnung nur für die tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltssätze gelten.

Der Arbeitgeber ist also nicht berechtigt, auf Grund der Notverordnung in Betriebsvereinbarungen oder Einzelarbeitsverträgen vereinbarte außertarifliche Lohn- und Gehaltssätze oder übertarifliche Zulagen zu kürzen.

Weiter ergab die Besprechung, daß die schematische Durchführung der in der Notverordnung festgelegten Kürzung tariflicher Lohn- oder Gehaltssätze in vielen Fällen zu schweren Ungerechtigkeiten führen wird. Es wird also Aufgabe der Tarifvertragsparteien sein, durch in gütlicher Verständigung gefundene Vereinbarungen die schlimmsten Unbilligkeiten zu beseitigen. Wenn die Parteien sich einigen, haben die Schlichter kein Recht, in die zwischen den Parteien getroffene Vereinbarung einzugreifen. Klargestellt wurde weiter, daß die Notverordnung über die Lohn- und Gehaltskürzungen überhaupt keine Anwendung auf die Tarifgebiete findet, in denen zur Zeit des Inkrafttretens der Notverordnung ein tarifloser Zustand bestand. Für diese Tarifgebiete bleibt es bei dem ordnungsgemäßen Schlichtungsverfahren nach der Schlichtungsverordnung, falls sich die Parteien nicht über einen Tarifvertrag einigen.

In den unter die Notverordnung vom 8. Dezember fallenden Tarifverträgen kann der Schlichter, falls sich die Parteien nicht über neue tarifliche Löhne und Gehälter einigen, bei bindenden Festsetzungen der tariflichen Löhne und Gehälter in angemessener Weise die seit dem 10. Januar 1927 eingetretenen Aenderungen im Lohn- oder Gehaltssystem berücksichtigen. Eine solche Aenderung des Lohn- und Gehaltssystems würde z. B. vorliegen, wenn nach den jetzt gültigen Tarifverträgen Angestellte oder Arbeiter keinen Anspruch auf eine soziale Zulage hätten, während in den am 10. Januar 1927 gültigen tarifischen Vereinbarungen eine soziale Zulage vorgesehen war.

Metallarbeiter-Schiedsspruch für Berlin. Der Schlichter von Berlin und Brandenburg hat am Mittwoch abend für die Berliner Metallindustrie einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die Löhne der Industrie- und Facharbeiter in der Spitzengruppe von 103 auf 93 Pfennig reduziert werden. Die Löhne der Hilfsarbeiter ermäßigen sich um 15 Prozent von 77,5 auf 66 Pfennig. Der Schlichter führt in der Begründung zu dem Schiedsspruch aus, daß bei den Facharbeitern aus sozialen Gründen keine Kürzung von 15 Prozent durchgeführt werden könne. Die Entscheidung für die Facharbeiter sei besonders schwierig gewesen, weil für diese am Stichtag, dem 10. Januar 1927, kein Lohntarif bestanden habe. Auf Grund der Berechnung nach dem damaligen Akkordeinkommen der Metallarbeiter bezeichnet der Schlichter die Lohnkürzung der gelernten Arbeiter als angemessen.

Wirtschaft und Handel

Berliner Getreidebörse vom 16. Dezember.

	15. Dezember	16. Dezember
	ab märkische Station in Mark,	
Weizen	211.— bis 213.—	212.— bis 214.—
Roggen	189.— bis 192.—	190.— bis 193.—
Neue Wintergerste	—.— bis —.—	—.— bis —.—
Braugerste	151.— bis 164.—	152.— bis 164.—
Futter- und Industriegerste	147.— bis 150.—	150.— bis 152.—
Hafer	132.— bis 140.—	134.— bis 142.—
Weizenmehl	27.— bis 31.—	27.— bis 31.—
Roggenmehl	25.80 bis 27.80	25.90 bis 28.—
Weizenkleie	9.25 bis 9.50	9.25 bis 9.50
Roggenkleie	9.75 bis 10.25	9.75 bis 10.25

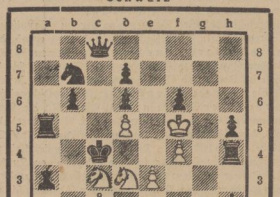
Material für die Abrüstungskonferenz.

Unsere Darstellung ist ein Beitrag zu den Problemen der Abrüstungskonferenz, deren Beginn allerdings noch immer nicht festgesetzt ist. Daraus geht hervor, daß Deutschland als einzige Großmacht seine Rüstungsausgaben gegenüber der Vorkriegszeit um 63 Prozent gesenkt hat, während die anderen Mächte, vor allem Japan und USA., Summen für Rüstungszwecke ausgeben, die, für wirtschaftliche Zwecke angewandt, die furchtbare Finanzkrise der ganzen Welt erheblich mildern könnten.

Schach-Ecke

G. H. Drese.
„British Cheß Federation", 4. Turnier, 1931.
1. Preis.

Schwarz



Weiß
Matt in 2 Zügen.

Königs-Läuferspiel.
Gespielt am 24. Mai 1931 im Kreiswettkampf in Harburg am 1. Brett.

Weiß: Otto, Rostock. Schwarz: Meyer, Bremen.

1. e2—e4, e7—e5. 2. Lf1—c4, Sg8—f6. 3. d2—d3. (Ein lebhafteres Spiel ergibt 3. d2—d4, e5×d4. 4. e4—e5 oder 3. . . ., Sf6×e4. 4. d4×e5!) 3. . . ., Lf8—c5. 4. Lc1—e3, Lc5×e3. 5. f2×e3. Weiß hat zwar einen Doppel-B, dies gleicht aber die offene f-Linie wieder genügend aus. 5. . . ., d7—d6. 6. Sg1—f3, Sb8—c6. 7. 0—0, 0—0. 8. Sb1—c3, Sc6—a5. Schwarz will den auf seinen K-Flügel drückenden L beizeiten beseitigen. 9. Lc4—b3, Sa5×b3. 10. a2×b3, c7—c6? Schwarz versucht sein Zentrum zu festigen, aber sein Gegner widerlegt dies gut. 11. d3—d4!, e5×d4. 12. e3×d4, Dd8—e7. 13. Dd1—d3, Lc8—e6. 14. Ta1—e1, Ta8—d8. 15. Sf3—d2. d6—d5. 16. e4—e5!, Sf6—d7. Das schwarze Spiel wird recht eingeengt, steht aber noch ganz gut. 17. Te1—a1, a7—a6. 18. Sc3—e2, c6—c5. 19. c2—c3!, c5×d4. 20. c3×d4, f7—f6. 21. e5×f6, Sd7×f6. 22. Ta1—e1, De7—d7. 23. Se2—g3, g7—g6. Schwächt den K-Flügel. Weiß führt den Fehlzug zum Gewinn durch. 24. Dd3—e3, Td8—e8. 25. De3—g5, Kh8—g7? Der entscheidende Fehler. Dd8 sollte geschehen. 26. Tf1×f6!, Tf8×f6. 27. Sg3—h5+, K—f7. 28. D×f6+! Auf Sh5×h6 würde sich Schwarz mit D—d8 noch verteidigen können. 28. . . ., K—g8. 29. Df6—g5!, K—h8? Aber auch alles andere nützt nichts mehr. 30. Dg5—e5+! Schwarz gibt auf, da nach K—g8, 31. S—f6+ die Dame verloren geht.

(Arbeiter-Schachzeitung, Oktober 1931. Anmerkungen von A. Schiller.) — R. B. —

Gewinnauszug
3. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 16. Dezember 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 2000 M. 184737 259938 306790 339987
20 Gewinne zu 1000 M. 45679 111616 122528 127531 135842 176757 230650 251492 293949 376098
48 Gewinne zu 500 M. 3440 32017 39085 43946 45280 53431 94016 115924 143436 179504 194333 201608 217751 223317 236963 256875 258822 268350 285331 290247 305741 313325 335183 355617
46 Gewinne zu 500 M. 12334 62739 66897 68838 82514 85612 105264 116859 120398 146398 154422 159209 187638 197125 251462 269024 288260 297335 333192 346540 374194 392784 399950

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 339259
6 Gewinne zu 5000 M. 129316 307093 310361
10 Gewinne zu 3000 M. 72012 150211 322239
10 Gewinne zu 2000 M. 40737 205499 334464 364679 399642
36 Gewinne zu 1000 M. 39713 69164 89755 104880 119123 139578 142945 162828 168526 189551 191751 193165 207257 219363 236049 289928 307731 335150
20 Gewinne zu 800 M. 11458 23415 39904 82299 126796 223205 333609 334180 356221 383278
46 Gewinne zu 500 M. 11068 28461 31080 51879 102453 126881 133413 134930 142763 174233 174363 175323 186470 218508 227624 242449 250814 288994 292450 305657 308772 353439 381014

Briefkasten

K. W. L. 200. Eine Aufwertung kommt nach den gesetzlichen Bestimmungen § 66 des Aufwertungsgesetzes nicht in Frage.

Arbeiter-Sport.

Fußball im Harzbezirk. In Thale wurde ein Vereinswettkampf zwischen Sportklub Union und Teutonia Dichersleben ausgetragen. Das Gesamtverhältnis der 5 Spiele hat sich im Gegensatz zum vorigen Sonntag, wo der Klubwettkampf in Dichersleben stattgefunden hatte, zuaunsten Unions verschoben. Union konnte zwei Spiele gewinnen und 3 einaen verlieren. Das Torresultat war 13:11 für Dichersleben. Am vorigen Sonntag stand es 18:7 für Dichersleben. Resultat der unteren Mannschaften: Teutonia 2. gegen Union Thale 2. 4:3; Teutonia 1. Jugend gegen Union Thale 3. 5:1; Teutonia 2. Jugend gegen Union Thale 1. Jugend 1:3; Teutonia Schüler gegen Union Thale Schüler 5:0. Das Spiel der ersten Mannschaften endete mit 4:1 für Thale. Dichersleben hatte für 6 Spieler, die infolge Krankheit und aus anderen Gründen nicht mitwirken konnten, Ersatz eingestellt. Diese stark verstümmelte Mannschaft konnte deshalb nicht die gewohnte Spielweise auszeigen, aber immer das Spiel offen und offen gestalten. Der Verlauf des Treffens war ein gleichmäßiaer. Eine Feldüberlegenheit irgendeiner Mannschaft war nicht festzustellen. Die Unionen vorhanden es besser als ihre Partner, die äußsten Torgelegenheiten auszunützen und konnten demzufolge den Sieg erringen. — Die Bezirksvereine werden arbeiten, ihre für die nächsten Sonntage sowie die für die Weihnachtsfeiertage abgeschlossenen Spiele der Berichterstatterzentrale zu melden.

Handball. Schutzsport gegen Wasserfreunde. Am Sonntag stehen sich im Freundschaftsspiel Schutzsport 1. und A.S.V. Wasserfreunde gegenüber. Es ist schwer, den Sieger schon im Voraus zu bestimmen, da die Schwimmer in letzter Zeit sich gut entwickelt haben. Da auer Sport gespielt wird, ist jedem Gewerkschaftsfollegen, Parteigenossen und Reichsbannerkameraden ein Besuch des Spieles zu empfehlen. Das Spiel findet auf dem Burchardianaer statt und zwar von 14.30—15.30 Uhr.

Aus dem andern Lager.

Sportklub 1910. Am kommenden Sonntag muß Sportklub 1910 1. zum fälligen Punktkampf nach Askania 1900 Aschersleben. In der ersten Serie konnte Askania überraschend beide Punkte den Hiesigen entführen. Nach den letztgezeigten Leistungen müßten die 1910er einen Sieg herausholen. Abfahrt mit Auto 12 Uhr vom Holzmarkt (Schlachtenbummler angenehm). Die 2. Elf erwartet im Punktspiel Germania 1900 2. Dieses Spiel verspricht sehr interessant zu werden, da beide Mannschaften zur Spitzengruppe gehören und die Vorentscheidung zur Meisterschaft fallen wird. Spielanfang 14 Uhr auf Sportplatz Harzstraße.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Jungbanner Halberstadt. Am Sonnabend findet unsere Weihnachtsfeier beim Kam. O. Bollmann statt. Die Kameraden wollen sich pünktlich um 20 Uhr dortselbst einfinden. Für Unterhaltung ist bestens Sorge getragen. (Anzug, keine Bundeskleidung). — Am Freitag, 20 Uhr, trifft sich die Musik-Gruppe zum Ueben im Heim bei O. Bollmann. Restloses Erscheinen ist unbedingt erforderlich

Veranstaltungen

(Notizen ohne Verantwortung der Redaktion.)

Mitteilungen des Stadttheaters.

Ralph Benatzky ist durch sein „Weißes Rößl" und seine „Drei Musketiere" der meistgespielte, erfolgreichste moderne Operetten- und Revuekomponist geworden. In Halberstadt hat die unverminderte Zugkraft der „Rößl"-Inszenierung eine Wiederholung am Sonntag, 19 Uhr, nötig gemacht. (Es gelten ermäßigte Preise: 0.45—3.00 RM.). — Gleichzeitig sind jetzt aber „Die drei Musketiere" auf den Plan getreten. Die nächsten Aufführungen der Operettenrevue „Die drei Musketiere" finden am Donnerstag und Sonnabend statt!) Das Schauspiel bringt in dieser Woche am Freitag eine Wiederholung des erfolgreichen Rokokoprogramms „Der junge Goethe". (Bühnenmusik und Schauspielpreise ohne Aufschlag.) — Die Vorstellung am Donnerstag „Die drei Musketiere" ist gültig für Donnerstag-Dauermieter! Die nächste Rate der Donnerstag, Freitag u. Bühnenvolksbund-Operenabonnenten ist fälligzahlbar werktags von 10—14 Uhr in der Vorverkaufskasse im Rathaus. —

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater.

Capitol. Bis Freitag: Conrad Veidt, Olga Tschechowa, Trude Hesterberg, Peter Boß in dem deutschen Tonfilmwerk „Die Nacht der Entscheidung". Ferner: Das große reichhaltige Beiprogramm.

Kammer-Lichtspiele. Bis Freitag: Dita Parlo, Fritz Rasp in dem sensationellen Tonfilm „Tropennächte". Dazu: Ein großes und reichhaltiges Beiprogramm.

Wetter-Aussichten.

Voraussichtliche Witterung bis 18. Dezember, abends:

Am Mittwoch war es anfangs heiter. Gegen Mittag türmten sich dicke Haufenwolken auf, aus denen Schneeschauer fielen. Die Niederschlagsmengen blieben allerdings gering und nur stellenweise blieb eine leichte Schneedecke liegen. Im Flachlande stieg das Thermometer bis auf 3 Grad über Null. Auf dem Brocken wurden morgens und mittags 6 Grad, abends aber 7 Grad unter dem Gefrierpunkt abgelesen. Ueber fast ganz Europa steigt der Luftdruck an, am meisten im Kern der östlichen Depression. Die Luftdruckgegensätze werden deshalb abnehmen und der Wind wird abflauen. Die Temperaturen bleiben ziemlich niedrig und können in ruhiger Nacht sogar noch weiter sinken. Das Wetter wird trocken bleiben.

Aussichten: Im ganzen heiteres und trockenes Wetter mit nachlassendem Wind. Temperatur in der Ebene um Null Grad, im Harz dauernd Frost und anfangs noch Schneefall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Moltenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 294 — **Donnerstag, den 17. Dezember 1931** — **6. Jahrgang**

Macht gegen Macht.

Eine Kundgebung aller Arbeiter-Organisationen zur politischen Lage.

Die Notverordnung ist zunächst eine harte Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Sozialdemokratie und Gewerkschaften denken aber nicht daran, nun etwa die Hände in den Schoß zu legen, und abzuwarten, was wird. Ohne einen Tag zu versäumen, beginnen sie sofort mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln trotz Notverordnung, ja mit Hilfe der Notverordnung und mit Hilfe der von der Regierung für die Durchführung der Verordnung gegebenen Zusagen einen zähen und unerbittlichen Kampf zur Linderung der Not der breiten Massen. Diesen Kampf kann aber natürlich nur Erfolg haben, wenn er wohlüberlegt geführt wird. Klarheit über die Notverordnung ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Not. Diese Klarheit zu schaffen, ist das Gebot der Stunde. Steuerleute und Mannschaften müssen wissen, was für ein Kurs gesteuert wird. Sie müssen das vor allem wissen im Sturm und Aufruhr der Elemente, denn nur Festigkeit und Kampfkraft, die auf Klarheit beruhen, können zum Ziele führen.

Diese Klarheit zu schaffen war Zweck eines bedeutsamen Appels in den Räumen des Reichswirtschaftsrats, zu dem die Freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner und die Freien Sportorganisationen Abordnungen entsandt hatten. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart und der Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, beleuchteten vom wirtschafts- und allgemeinpolitischen Standpunkt aus die neue Notverordnung. Mit sachlicher Schärfe und unerbittlicher Kritik klärten sie die durch die Notverordnung geschaffene neue Lage. Sie zeigten die Möglichkeiten der Selbsthilfe der Arbeiter und stellten vor der gesamten Arbeiterschaft klar, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht umsonst unverdrossen und zäh bis zum letzten Moment im Ringen um die Notverordnung für die Arbeiter gekämpft haben.

Bis zur letzten Stunde wurde Widerstand geleistet. Bei einer genaueren Betrachtung der Notverordnung sind die Spuren dieses Widerstandes auch deutlich zu erkennen. Noch ist das Wirtschaftsmanifest der Unternehmer vom September in guter Erinnerung. Was dieses Manifest verlangte, war nichts anderes als die restlose Vernichtung alles dessen, was Gewerkschaften und Sozialdemokratie seit einem Jahrzehnt für die Arbeiterklasse in mühseligem Ringen herausgeholt haben. Kein staatlicher Eingriff in die Wirtschaft mehr zu Gunsten der Arbeiter, nur noch individuelle Lohngestaltung, völlige Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung, mit einem Wort: Rückkehr auf der ganzen Linie zum individualistischen Wirtschaftssystem. Das war die Parole der Drahtzieher der Nationalen Opposition. Die Notverordnung hat den Scharfmachern ihren Willen nicht getan. Gewiß hat sie nur ganz unzulänglich den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen, gewiß belastet sie einseitig die Schultern der breiten Massen, aber es stand ja noch viel mehr auf dem Spiel als nur diese einseitige Belastung. Und daß dieses Mehr verhindert wurde, ist ein Verdienst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Die Schultern der breiten Massen wären noch ganz anders wund gescheuert worden in diesem Winter, wenn nicht die politische und wirtschaftliche Organisation der freien Arbeiterbewegung sich mit geradezu übermenschlichen Kräften dem Druck der seit den Nazi-wahlen vom vergangenen Jahre so mächtig gewordenen Reaktion, von der die Regierung Brüning bedroht ist, entgegengestemmt hätten. Der Lohnabbau ist ein Ding, das niemand verteidigen kann. Aber der Widerstand der Gewerkschaften hat es immerhin durchgesetzt, daß die Regierung in der Lohn- und Preisfrage sozusagen ihr Wort verpfändet hat. Endet der Preisabbau, der den Reallohn sichern soll, mit einem Fiasko, dann ist eine neue Situation gegeben. Gewiß werden neue erschreckend niedrige Löhne festgelegt. Aber unter dem Druck der Gewerkschaften ist wenigstens für diese niedrigen Löhne noch ein gewisser Halt geschaffen worden. Das wissen vor allem die Arbeiterkategorien zu schätzen, die schon jetzt ganz ohne Tarif völlig der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert waren.

Eindringlich und überzeugend wurden von Leipart und Breitscheid die ungeheuren Schwierigkeiten geschildert, die in der großen Krise ihren Ursprung haben und die auch die Hände der Regierung in vieler Hinsicht binden. Mit besonderem Nachdruck wurde auf die Hauptquelle der deutschen Not, auf die Reparationslasten, hingewiesen. Der Kampf gegen die Reparationen — das wurde vor aller Oeffentlichkeit einmal deutlich herausgestellt — ist längst eine Kampfforderung der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterinternationale. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat längst den Kampf gegen die Reparationen geführt, bevor die Nazis groß und mächtig waren. Sie führen diesen Kampf allerdings nicht mit großsprecherischen Redensarten, die das Volk über die wirklichen Schwierigkeiten und Kräfte- und Machtverhältnisse hinwegtäuschen. Schluß mit den Reparationen! Wer will das nicht in Deutschland? In dieser Forderung ist ganz Deutschland einig. Aber diese Einigkeit schafft uns noch keine Erleichterung. Diese Erleichterung ist nicht auf dem Weg über das Chaos herbeizuführen. Die Regierung täte daher gut, wenn sie auch in dieser Frage dem Volk die ganze Wahrheit sagte und nicht gegenüber dem Treiben der Nationalsozialisten wie in so vielen Dingen es an Aktivität und Mut fehlen ließe.

Aktivität! Mit diesem Ruf richten sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften an die Regierung wie an die Arbeiter. Die Regierung verlangt von den Arbeitern Opfer, große Opfer. Sie wären leichter zu tragen, wenn die Regierung auch den Arbeitern zeigte, daß sie sich nicht vom Faschismus auf der Nase herumtanzen läßt, wie das zum Beispiel beim Uniformverbot zu beobachten ist. Die Reichsbannerfarben, die Farben der Republik, werden zusammen mit den Farben der Feinde der Republik verboten. In Braunschweig aber verhöhnen die Nationalsozialisten offen und frech das Uniformverbot der Reichsregierung.

Wenn es aber die Regierung an Mut fehlen läßt, dann ist das für die Sozialdemokratie und für die Gewerkschaften noch lange kein Grund, nun ebenfalls schlapp zu werden. Die eiserne Front der Arbeiter beugt sich nicht! So rief Otto Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, in seinem Schlußwort zum Generalappell im Kampf um ein freies Deutschland, im Kampf gegen die Not, der deutschen Arbeiterschaft zu. Wir beugen uns nicht, wir kämpfen!

*

Die Entschließung.

Einstimmig angenommen.

Die am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat versammelten Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbände, zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem ganzen Reiche ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen gesellen, erklärten unter der Teilnahme von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisation der Deutschen Republik, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold:

„Unbeschadet unserer ablehnenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen. Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, anderenfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung [illegible] glichkeit, die in Kraft [illegible] Sie ist ein Produkt [illegible] Kräfteverteilung im Reichstag. Die Ueberwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein."

*

Brüning an Wels.

Der Reichskanzler bestätigt die sozialdemokratische Forderung.

In der vergangenen Woche hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels bei dem Reichskanzler schriftliche Vorstellungen wegen der Gleichzeitigkeit der Lohnsenkungen mit den Preissenkungen in der Notverordnung erhoben. Auf diesen Brief hat der Reichskanzler unter dem 12. Dezember eine Antwort erteilt, in der es heißt:

„Mit Ihnen bin ich durchaus davon durchdrungen, daß eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung durch die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen von den verhängnisvollsten Folgen sein würde. Von dieser Auffassung war auch die Reichsregierung bei ihren letzten Entschließungen beseelt.

Den Niederschlag der Auffassung der Reichsregierung bitte ich aus der Einleitung der amtlichen Verlautbarung ersehen zu wollen, mit der die Reichsregierung am 8. d. M. die neue Notverordnung der Oeffentlichkeit unterbreitet hat. In dem vorletzten Absatz dieser Einleitung wird ausdrücklich ausgeführt, daß die Reichsregierung sich erst, nachdem durch Maßnahmen der verschiedensten Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sichergestellt war, zu einem nerneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen habe. In demselben Absatz heißt es dann weiter:

„Die schicksalsschwere Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann."

Mit voller Absicht habe ich in dieser bedeutsamen Frage des Gesamtprogramms die Reichsregierung in dieser eindeutigen Form für die Zukunft festgelegt. So sehr ich mir die Durchführung dieses Teiles des Gesamtprogramms mit allem Ernst und Nachdruck angelegen sein lassen werde, so war doch, da es sich hierbei um Fragen der zukünftigen Regierungspolitik handelt, eine gesetzliche Festlegung im Texte der Notverordnung technisch schwer durchführbar. Angesichts Ihrer Anfrage lege ich aber doch Wert auf diese Feststellung der Ziele der Regierungsarbeit, die ist übrigens schon wiederholt letzthin auch gegenüber dem Reichsarbeiterbeirat der Zentrumspartei getroffen habe."

[illegible]des Reichsbanners.

[illegible] Höltermann. — Otto Hörsing bleibt Vorsitzender.

[illegible] den des Reichsban- [illegible] vorsitz betraut worden. Auch in Zukunft soll die Durchführung des Aktionsprogramms des Reichsbanners hauptsächlich in den Händen Höltermanns liegen.

Beschluß des Bundesvorstandes.

Magdeburg, 16. Dezember. (Eig. Drahtb.). Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarzrotgold teilt mit: „Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarzrotgold trat am Mittwoch, dem 16. Dezember, in Magdeburg zusammen. Von Otto Hörsing lag folgendes Schreiben vor:

„Dem Wunsche unserer Gauführer entsprechend und gemäß den Beschlüssen unserer letzten Bundesratstagung auf Einrichtung eines besonderen, technisch organisatorischen Führerkörpers habe ich den Kameraden Höltermann mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt. In engstem Zusammenhang damit stehen Verhandlungen mit uns nahestehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch gesinnten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten um Deutschlands Zukunft willen gelöst werden müssen.

Eine Aussprache zwischen Höltermann und mir über die Gesamtlage, die sich für die Führung des Bundes aus diesen Aufgabey ergibt, führte uns zu dem gemeinsamen Entschluß, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, die Geschäftsführung des Bundes insgesamt dem Kameraden Höltermann als geschäftsführenden Bundesvorsitzenden zu übertragen. Damit ist nach meiner Ueberzeugung die Gewähr gegeben, daß die bisherige einheitliche Leitung unseres Bundes nicht nur erhalten, sondern verstärkt wird. **Ich werde als 1. Bundesführer nach wie vor meine ganze Kraft in den Dienst des Bundes stellen.** Diese innerorganisatorische Maßnahme bedeutet keine Veränderung der Zielsetzung unseres Bundes. Es bleibt bei unserer alten Parole: Nichts für uns — alles für Deutschland!"

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig gemäß den Vorschlägen Hörsings."

Vorstandstagung nach Weihnachten.

Magdeburg, 16. Dezember. (Eig. Drahtb.). Der Bundesrat des Reichsbaners hat am Mittwoch beschlossen, den Bundesvorstand des Reichsbanners zum 27. Dezember nach Berlin einzuberufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311217-19/fragment/page=0011